

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands
„Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Belegschaft, bei Auslieferung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreigeschaltete Postzeitung oder deren Raum 15 fl. Poststempel Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Zur Reform der Unfallversicherung. — Lehrhalle für die Unfallversicherung. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Wohnungswesen. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. — Zur Organisationfrage. — Situationenberichte. — Korrespondenz der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Literarisches. — Briefposten. — Neinleben: Australische Verhältnisse.

Zur Reform der Unfallversicherung.

Unter den Vorlagen, welche den am 22. d. M. zusammertretenden Reichstag beschäftigen werden, dürfte sich auch der von der Regierung verfeindete Entwurf über die Reform der Unfallversicherung befinden. In der Unternehmersprese finden wir folgende darauf bezügliche Ausschaffung:

Nach Allem, was über die Reform verlautet, scheint es doch, als wenn man den Arbeitgebern wieder neue Lasten zuzumachen würde. Im Reichstage wurde schon vor einigen Jahren der Gedanke erörtert, ob es nicht angemessen wäre, wenn die Berufsgenossenschaften auch zur Unterhaltung derjenigen Verletzten herangezogen würden, deren Heilung innerhalb der ersten dreizehn Wochen vollzogen sei und die bisher vom Tage ihrer Heilung bis zum Beginn der 14. Woche keine Unterstützung erhalten. (Der bekannte Antrag Grillenberger-Singer ist gemeint.) Der Gedanke fand großen Anklang im Reichstage, so daß es deshalb schon wahrscheinlich ist, daß es bei einer Reform der Unfallversicherung von der Regierung aufgenommen werden wird. Sodann wird berichtet, daß man regierungsetätig gedenkt ist, in dem Verfahren bei der Zahlung der Rentenenten insofern eine Aenderung einzutragen zu lassen, als man künftig nicht bloß die Verpflichtung zur Zahlung solcher Renten dann festsetzen will, wenn der infolge des Unfalls getroffene Verletzte der einzige Ernährer seiner Eltern, Großeltern, &c. gewesen war, sondern auch, wenn er zu deren Unterhalt beigetragen hat. Allerdings ist diese Neuerung vorläufig nur von dem in der Ausarbeitung begriffenen Entwurf über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk geweitet, jedoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn das Bandwerk hierzu betroffen werden soll, man die bisher unfallversicherungspflichtigen Berufsgenossen damit nicht übergehen wird. Beide Neuerungen werden natürlich neue Kosten verursachen. Nur soll durchaus nicht in Abrede gestellt werden, daß bei beide manche Gründen angeführt werden können. Wie aber für sie, so sprechen auch für andere Aenderungen Gründe, und wenn man an Neuerungen denkt, die Mehrosten verursachen, so sollte man bei der heutigen Geschäftsklage auch darauf Bedacht nehmen, dort, wo die Gerechtigkeit es gebietet, Erleichterungen der Lasten einzutragen zu lassen. Man wird gut thun, stets, wenn von den oben erwähnten Aenderungen die Rede ist, gleich das Gespräch auf die andere Seite der Medaille zu lenken. Und auf der letzteren steht in erster Reihe die Forderung, daß den Arbeitern, welche durch eigene Leichtfertigkeit den Unfall herbeigeführt haben, eine geringere Rente als den anderen von entschädigungspflichtigen Unfällen betroffenen Arbeitern geahndet werden solle. Sodann aber auch: die Besteitung der ganz kleinen Renten bezw. deren Erziehung durch Kapitalabschöpfungen. Man darf den verletzungsfähigen Gewerbetreibenden heutzutage nicht neue Opfer auferlegen, ohne daß man gleichzeitig Erleichterungen eintreten läßt. Dieser Gesichtspunkt sollte bei der Reform der Unfallversicherung wohl berücksichtigt werden."

Das ist das bekannte alte Bild: eine Mehrbelastung der Kapitalisten darf unter keinen Umständen herbeigeführt werden! Und doch ist diese Mehrbelastung nicht zu vermeiden; wenn man wirklich eine Reform der Unfallversicherung vornehmen will. Dabei kommen noch andere Punkte in Betracht, als die in obiger Notiz beschrieben.

Nach dem bestehenden Gesetz wird jeder in einem versicherten Betriebe zu Unfall gekommener Arbeiter im Verhältniß der herabgeminderten Erwerbsfähigkeit entschädigt, oder richtiger, es soll so entschädigt werden, sofern ihm nur nicht vorgewiesen werden kann, daß er den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Aber in Wirklichkeit wird der Verletzte in den meisten Fällen nicht in angegebener Höhe entschädigt, und zwar aus zwei Gründen.

Die volle Rente ist nicht, wie noch vielfach geglaubt wird, gleich dem Jahresarbeitsentommen des Arbeiters, sondern sie beträgt nur zwei Drittel desselben. Wird nun ein Arbeiter vollständig erwerbsfähig, so erhält er eine Rente, welche um ein Drittel geringer ist, als sein früherer Verdienst. Bei der Beratung des Gesetzes gingen die Vertreter der Unternehmer-Interessen von der Ansicht aus, daß ein Arbeiter, der infolge des Verlustes seiner gesunden Gliedmaßen völlig arbeitsunfähig wurde, mit einem geringeren Erträge auskommen könne. Es hieß zur Begründung dieser Ansicht, der Beamte würde um eine Hälftie seines Gehalts in der Höhe seines Gehalts. In dieser Argumentation, wie in der auf dieselbe gestützten Gesetzesbestimmung liegt eine schwere Ungerechtigkeit.

Durchweg ist das volle Arbeitseinkommen des Arbeiters an und für sich schon so niedrig, daß es kaum zur Erhaltung der Existenz ausreicht. Und der völlig erwerbsfähige, der zum Krüppel gewordene Arbeiter soll mit einem Drittel weniger auskommen, während es doch klar ist, daß er eher ein Mehr haben müßte, schon allein in Rücksicht auf die Thatssache, daß seine Hülllosigkeit und seine zerstörte Gesundheit größere Geldauswendungen nötig machen.

Der pensionierte Beamte ist in der Regel noch im Besitz seiner gesunden Gliedmaßen und sehr wohl noch im Stande, sich einen Nebenverdienst zu verschaffen. Der verkrüppelte Arbeiter kann das nicht.

Nicht mindre Nachtheile bringt das bestehende Gesetz den Arbeitern, die nur teilweise erwerbsfähig werden. Für diese ist die Bemessung der Rente nach den geltenden Bestimmungen eine große Härte. Die Vertreter der Unternehmer-Interessen pflegen zwar der Ansicht zu sein, daß auch der Arbeiter selbst einen Theil des Schadens, der ihn betroffen, tragen müsse. Aber der Arbeiter ist doch zu Schaden gekommen, während er für den Unternehmer Werkleistung leistet und sich mit dem erworbenen Lohn nur gegen das Verhungern schützen konnte. Der Arbeiter befindet sich dem Kapital gegenüber in einer Zwangslage, und deshalb wäre es recht und billig, daß er, wenn ihm ein Unfall in dieser Lage betroffen, für die erlittene Einbuße an Erwerbsfähigkeit voll entschädigt würde, in Höhe seines Jahresarbeitsentnommens.

Die Ungerechtigkeit des jetzt bestehenden Entschädigungsverfahrens wird durch folgendes Beispiel klar:

Erleidet ein Arbeiter einen Betriebsunfall, so wird der von ihm in dem letzten Jahre (vom Tage des Unfalls rückwärts gerechnet) verdiente Lohn der Rentenberechnung zu Grunde gelegt. Nimmt man nun an, der Lohn des Arbeiters

habe M. 900 betragen, so würde die volle Rente sich auf zwei Dritteln dieses Betrages, also auf M. 600 belaufen. So lange der Verletzte

noch völlig erwerbsfähig ist (wenn er beispielsweise den linken Arm verloren hat) bzw. so lange das Heilverfahren nicht beendet ist, würde er nach Ablauf der dreizehnten Woche pro Monat M. 50 erhalten, während er früher M. 75 verdiente. Wenn dann das Heilverfahren beendet ist, erhält er nach dem jetzt üblichen Durchschnittsjahr eine Rente von 50 Prozent der Vollrente. Man geht dabei von der völlig unzutreffenden Annahme aus, daß ein des linken Armes verlustig gegangener Arbeiter, so er im Übrigen noch gesund ist, immer noch im Stande sei, die Hälfte von dem zu verdienen, was er als völlig Erwerbsfähiger verdient hat. Daß das in der Regel nicht der Fall ist, lehrt die tägliche Erfahrung. Es fällt einem halbwitilidem Arbeiter sowieso schon sehr schwer, Beschäftigung zu erlangen, wo vollwertige, gesunde Arbeitskräfte im Überfluss zu haben sind. Aber selbst zu gegeben, der verletzte Arbeiter wäre im Stande, noch die Hälfte seines früheren Arbeitseinkommens zu erwerben, so gestaltet sich das Exempel trotzdem zu seinen Ungunsten so: er verdient pro Monat M. 37,50, dazu 50 Prozent der Vollrente mit M. 25, macht insgesamt monatlich M. 62,50, also M. 12,50 weniger, als sein Arbeitseinkommen vor dem Unfall betrug. Der verletzte Arbeiter erleidet also eine ganz empfindliche Einbuße.

Vorliegende der Schiedsgerichte in Unfallversicherungssachen haben öfter zugegeben, daß in dieser Einrichtung eine große Ungerechtigkeit gegen die verletzten Arbeiter liegt.

Das hannoversche Arbeiterorgan, der "Volkswille", weiß zutreffend darauf hin, daß Derjenige, der da glaubt, daß jede Arbeiterin oder jeder Arbeiter, der einen Betriebsunfall erleidet, ohne Weiteres nach Ablauf der 13 Wochen in den Genuss der Rente tritt, sich in einem ganz gewaltigen Irrthum befindet. Es gibt Genossenschaften, die erst dann der Rentenzahlung näher treten, wenn von dem Verletzten ein dahin gehender Antrag gestellt wird. Und wie oft wird das verfault! Vielleicht wird dem Arbeiter versprochen, daß ihm der Unfall nicht zum Schaden gereichen, daß er deshalb nicht weniger verdienen solle. Der Arbeiter schenkt den Worten seines Arbeitgebers Glauben und nach zwei Jahren, wenn der Anspruch verjährt ist, wird dem Arbeiter der Lohn gekürzt oder er wird entlassen. Ansprüche an die Berufsgenossenschaft kann er nicht mehr erheben — der Arbeiter ist um sein Recht betrogen. Die Furcht, entlassen zu werden, ist es, was viele Arbeiter abhält, ihre Ansprüche geltend zu machen; sie trauen ihrem Unternehmer eine solche Niederträchtigkeit, daß er sie nachträglich doch noch entlassen oder ihren Lohn fürzren wird, nicht zu, bis sie dann eines Tages eingehen müssen, daß sie schändlich betrogen sind. Es ist Thatssache, daß die Berufsgenossenschaften im Interesse des Unternehmers bemüht sind, zu verhindern, daß Verletzte in den Genuss der ihnen zustehenden Rente kommen. Rücksichtslos weisen sie jeden Arbeiter, der einen Betriebsunfall erlitten hat und dieses nicht zweifellos nachweisen kann, mit dem Anspruch

auf Rente zurück. Der Arbeiter mag dann beim Schiedsgericht klagen. Die Sektionsvorstände werden von den Genossenschaftsvorständen abgerüttelt, wenn sie die Rente in einem Falle bewilligen, wo "nicht jeglicher Zweisel ausgeschlossen ist." Um Vorwürfen zu entgehen und sich "den Kunden frei zu halten", wie fürlach ein Vertreter einer Berufsgenossenschaft äußerte, lehnen die Sektionsvorstände die Gewährung der Rente ab, und lassen es auf die Entscheidung des Schiedsgerichts ankommen.

Daneben hat die geradezu frivole Praxis Platz gegriffen, die zu gewährende Rente unter allerlei Vorwänden und Jubiläen konstruierten Annahmen so niedrig zu bemessen, daß damit auch nicht entfernt der Absicht des Gesetzes genügt wird. Der Arbeiter mag ja dagegen Berufung erheben! In der Regel kommt dabei für ihn nichts heraus, denn die Zusammensetzung der Schiedsgerichte verbürgt gewöhnlich die Wahrung der Unternehmerinteressen. Die Arbeitervorsteher in diesen Körperschaften sind leider in den meisten Fällen solche Personen, die sich glücklich schäzen, zu den Ansichten der Herren Unternehmer demütigst "Ja" und "Amen" sagen zu dürfen. Dester sind die Arbeitervorsteher auch gar keine Arbeiter, sondern Aufseher, die von vornherein auf die Unternehmerinteressen eingeschworen sind.

Das Alles sind Punkte, welche zwecks wirtschaftlicher Reform des Unfallversicherungsgesetzes Berücksichtigung finden müssten.

Was die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk anbetrifft, so entspricht dieselbe bekanntlich einer Forderung, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten schon bei der ersten Beratung des bestehenden Gesetzes gestellt und später wiederholt haben. Es darf wohl als sicher angesehen werden, daß dieselben bei der vorstehenden Beratung des neuen Entwurfs mit gewohnter Entschiedenheit für die Interessen der Arbeiter eintreten. Reinenfalls werden sie dem in obiger Notiz erwähnten Projekt zustimmen, den Arbeitern, welche "durch eigene Leichtfertigkeit" den Unfall herbeigeführt haben, eine geringere Rente, als den anderen von versicherungspflichtigen Unfällen betroffenen Arbeitern zu zahlen.

Es ist ja bekannt, welchen oft geradezu niedrigen Unfug die Vertreter der kapitalistischen Interessen mit dem Schlagwort "Leichtfertigkeit" der Arbeiter treiben. Sie entblößen sich nicht, die weitauß größte Zahl der Unfälle auf "Leichtfertigkeit der Arbeiter" zurückzuführen. Und doch ist offenbar in der Regel das, was sie "Leichtfertigkeit" nennen, jenes grausame Etwas, welches die Betriebsart, die Arbeitsmethode, das ganze System der kapitalistischen Ausbeutung mit sich bringt. Der Arbeiter wird unangestellt angetrieben, möglichst viel zu schaffen, um seine Arbeitskraft in intensiver Weise auszupressen, wird ihm Aftordarbeit gegeben; möge er nun im Tagelohn oder im Aftord arbeiten, schafft er nicht genug nach Ansicht des Unternehmers und das pflegt sehr oft zu

sein —, so droht ihm die Entlassung. Dazu kommt, daß der Arbeiter mit der Zeit gleichgültig wird gegen die ihm im Betriebe drohenden Gefahren. Und diese Gleichgültigkeit gereicht dem Unternehmer zum Vortheil, denn "ängstliche, beständig die Gefahr fürchtende Arbeiter werden nicht so viel und so Gutes leisten, wie solche, welche von dieser Furcht frei sind."

Die projektierte Bestimmung würde dem Unternehmerthum eine Handhabe zu den ungeheuerlichsten Ungerechtigkeiten gegen die Arbeiter bieten. Unter Geständnachricht der "Leichtfertigkeit" würden die Berufsgenossenschaften riesige Summen sparen. Die Arbeiter wären die Benachteiligten.

Mit gutem Gewissen wird keiner das eine "Reform" nennen können.

Lehrlingsheimstätte.

Wir leben im Zeitalter der sozialpolitischen Quatscherei. Das Unternehmerthum und die ihnen gesinnungsverwandten Kreise machen in Fürth für die "Arbeiter", die alles in Allem auf die Bewormung der Arbeiter hinausläuft. Sie geben u. A. auch vor, den Beruf zu haben, die jungen Arbeiter, Lehrlinge zu solide und brauchbare Menschen zu erziehen, besonders, sie vor dem "sozialistischen Geiste" zu schützen. Da es keine Sozialdemokratie gab, kannte man in den herrschenden Kreisen auch kein "Arbeiterschutz".

Bei den Einrichtungen, welche dem Wohle der Arbeiter dienen sollen, gehören auch die sogenannten "Lehrlingsheimstätten". Die "Baugewerks-Zeitung" nimmt sich derselben recht lebhaft in einem Leistartikel an, der die Tendenz in folgenden Zeilen an der Spitze trägt:

"Die in steter Zunahme begriffenen Entfremdungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer legt die Frage nahe, ob es denn kein Mittel gebe, durch welches dem wirklich vorgebrachte werden könne, daß der jugendliche Arbeiter in einer Zeit, wann er noch nicht die erforderliche Urtheilstafat besitzt, um ihm vorgetragene Lehren richtig zu verleihen, davor bewahrt bleibt, irregeführt zu werden. Erfahrungsgemäß sieht die Mehrzahl derjenigen Personen, welche wegen Gewaltthäufigkeit bei ausgebrochenen Arbeitseinstellungen bestraft wurden, sich aus solchen zusammen, die noch in jugendlichem Alter stehen, der Schwere ihrer Handlungen sich nicht bewußt, staunendig als Werkzeuge derer benutzt wurden, die vor den Straffolgen für sich selbst zurücktreten. Die Unruhen der sogenannten Arbeitsschüler in Berlin im Februar d. J. haben hierfür den unüberlegbaren Beweis geliefert. Die Strafsregister der Gerichte führen neuerdings für die schwersten Straftaten kaum dem Knabenalter entwachsene Verurtheilten auf, bei welchen das Motiv der verbrecherischen That-Hang zu einem leichtsinnigen, verschwendischen, lästernen Lebensthandel festgestellt werden kann. Der Kriminalpsychologe kann unschwer die Ursache dieser Erscheinung auf zwei Umstände zurückführen, nämlich auf die ungünstige Beaufsichtigung im hause und auf die schlechte, in ihrem Einfluß für die Charakterbildung schädliche Gesellschaft."

Das ist wieder einmal echt kapitalistisch-jeweilisch-demagogische "Moral", die aus diesen Zeilen des Meister-

organs spricht. Daß die sogenannte "Entfremdung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" in Wahrheit nichts Anderes ist, als das Offenbarwerden des unvereinbaren Gegensatzes zwischen ausbeuterndem Kapital und ausgebüterter Arbeit, wird ignoriert. Ebenso die Thatsache, daß die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft es mit sich bringt, daß die Erziehung der Jugend des Arbeitersstandes verschlägt wird; daß Unbildung, Roth- und Eisen zusammenwirken, um Biele zu strabaren Handlungen zu treiben, daß die Familie zerstört und der Charakter verdorben wird. Alle die unglücklichen Megistien auf welche die herechende Phariseer-Moral stützt entstehen hinweist auf den "Auswurf der Gesellschaft", es sind die Opfer herrschender Interessen. Auch Diejenigen, welche bei Arbeitsschulen u. s. w. Gewaltthäufigkeiten begehen, handeln ganz in dem Geiste, den die heutige kapitalistische Ordnung ihnen verliehen hat. Der Arbeiter, der sich von diesem Geiste freiemacht und sich der sozialen Errichtung zugewandt hat, weiß, daß er mit gewolltem Handeln bei Arbeitseinstellungen nichts ausrichtet.

Jahngel, zu "Erfahrungen geneigte Elemente" hat es stets gegeben, besonders in den Hauptstädten. Und niemals waren die Lehrstühle ruppiger und zu Erfahrungen geneigter, als in der "guten alten Zeit", da sie noch nicht jünflusterisch geschunden und maltraktiert würden, was man noch "Erziehung" zu nennen beliebte.

Das Meisterorgan meint nun, es müsse "Hand angelegt werden, um verbessernd und verehrend zu wirken." So geht's immer! Wenn der herrschenden Gesellschaften die Konsequenzen ihrer Begehrungs- und Unterlassungsfünden an's eigene Interesse gehen, dann wird sie "moralisch", dann fängt sie an, das zu verbessern" und zu "vereideln" was sie verdorben hat. Und wenn's wenigstens noch, als Ausdruck wirklicher Reue über begangenes Unrecht, ehrlich gemeint wäre! Über weit gefehlt! Mittel zum Zweck soll die "Bereitung" und "Besserung" sein, man möchte die jugendlichen Arbeiter zu gefügten Werkzeugen des Unternehmerthums drücken. Dazu folgen nach Ansicht der "Baugewerks-Zeitung" auch die Lehrlingsheimstätten dienen. Man lasse nur durch das moralische Männelchen, welches sie ihrer Tendenz umhängt, sich nicht bestechen.

Auso "Bereitung" und "Bereitung"! Das Meisterorgan fährt fort: "Das Gesetz vom 1. Juni 1891 bietet in den §§ 113, 119a, 134b eine sichere Handhabe hierfür. Aus der Gesetzesbegründung und den Verhandlungen im Reichstag geht unverdeutlich hervor, daß als Zweck der Befugnis, statt an den minderjährigen Arbeiter selbst, an dessen gesetzlichen Vertreter (Vater, Vormund) das Arbeitsbuch auszuhändigen oder die Vohnzahlung zu bewirken, auch in der Arbeitsordnung Bestimmungen über das Verhalten derselben außerhalb des Betriebes zu treffen, seitens der gesetzgebenden Körperschaften die Möglichkeit erlangt wurde, auf diese Weise stiftlich und gesellschaftlich die Erziehung der heranzutretenden gewerblichen Jugend zu fördern. Und in der That läßt sich nicht leugnen, daß dies Ziel erreichbar, wenn der jugendliche Arbeiter daran gewöhnt wird, wirtschaftlich über seine Einnahmen und Ausgaben zu verfügen, sich einer regelmäßigen Lebensweise zu habschlagen, seine arbeitsfreie Zeit zwar der Scholung, aber in einer Weise zu widmen, daß er gleichzeitig seinen Verstand erlaucht, sein Herz für die Tugend erwärmt, sein Wissen vermehrt, Lebensersahrungen sammelt. Ist ihm vergönnt, in einem

Australische Verhältnisse.

In den nachstehenden interessanten Schilderungen folgen wir den Ausführungen des amerikanischen Forstlers George R. Martin.

Den ersten Anlauf zur Kolonisation des australischen Festlandes bot eigentlich die amerikanische Revolution und der Abschluß der amerikanischen Kolonien von England. Die britische Regierung suchte einen neuen Abzugskanal für die Verbrecher, die bisher in den Ansiedlungen der Sibastaten oder in Weißindien untergebracht waren; und hierfür wurde Australien als ein entlegener und bisher gänzlich unbewohnter Theil der Welt ausgewählt. Im Jahre 1788 wurde daher selbst die erste Strafkolonie gegründet, und seitdem wurden Botany-Bay- und Van Diemens-Land für lange Jahre nur als Säittler der Hofschaftlosigkeit und menschlichen Verderbnis genannt. Es war kein hoffnungstreicher Anfang, und doch ist es ein eigenartiges Spiel des Schicksals, daß doch Männer in Verbannung, zum Theil in Ketten arbeitend, zum Theil unter der Aufsicht bewaffneter Wächter, den Grund für ein Gemeinswesen legen mußten, in dem jetzt gerade die freien Arbeit in ungewöhnlichem Maße ein reicher Roh und ein glückliches Heim geboten wird. Menschenwert ist übrigens, wie wenig Sorgen von dem Charakter der ersten Ansiedlung zurückgeblieben sind. Von den Leuten, die wegen politischer Vergehen, wegen Schmuggels, Bildhüberei und anderen Gesetzesübertretungen, die mehr schroffen Eigenwillen und Verwegenheit als eigentlicher verbrecherischer Neigung dazumessen, deportiert worden waren, wurde viele nach Ablauf ihrer Strafzeit fühne und brauchbare Pioniere für ein aussichtsloses der Säittlerquellen des Landes und eine weitere Ausdehnung der Kolonie. Manche gingen

zwar auch in Ausschweifung, und wildem Leben zu Grunde. In den ausgereiteren Zeiten nach den ersten Goldhunden legten sich manche auf Raub und wurden Bulletpopper, diese sollte man aber mit unerbittlichen Streng aus, verhältnismäßig Wenige heranführen, und so stark die schlechteste Klasse mit den einzigen Individuen, die ihr angehörten, aus. Entschädigt für die zweite Klasse Güte seiner ersten Kolonisten wurde aber Australien in reichem Maße durch die hervorragende Früchtigkeit und Strebamkeit der später ankommenen Einwohner. Schon als es bekannt wurde, welch reiche landwirtschaftliche Hilfssysteme das Land enthalte, welch weite Flächen im Innern, namentlich zur Vieh- und Weidewirtschaft geeignet seien, strömten in größerer Zahl Leute mit dem erforderlichen Kapital und den erforderlichen Kenntnissen hinzu, angetrieben durch die Leidigkeit eines Landverdwands um geringen Preis und die Möglichkeit der Ausnutzung des billigen Strafgefängnisgenetar. Die Haupteinwanderung beginnt erst mit der Goldbedeutung im Jahre 1851, und wohl selten hat ein Land einen derartigen Zufluss thalikäfigen und unternehmungslustigen Volkes gelehnt. In so großen Feldern und in so großen Adernern war Gold sonst nirgends gefunden worden, dabei liegen die australischen Goldfelder derzeit bereits nach, und so lag es in der Natur der Sache, daß sich der Hauptstrom nunmehr dem neuen Goldlande zuwandte. Schon 1853 waren allein in den Werken von Ballarat und den benachbarten Distrikten mehr als vierztausend Arbeiter tätig, die Bevölkerung von Victoria wuchs derzeit um nahezu hunderttausend jährlich. Mehr noch als durch ihre große Zahl zeichnete sich diese neue Einwanderung durch ihre starke Tüchtigkeit, ihre alte Hindernisse überwindende Thalikraft aus, und darin tritt wiederum etwas

Eigenartiges und Charakteristisches zu Tage. Diese Männer, von denen man von vornherein doch nur annehmen konnte, daß sie die Sucht nach Geld trieb, erfaßten in Wirklichkeit ganz besonders veranlagt und geeignet zu sein, einen neuen modernen Staat zu gründen, und es läßt sich nicht verleugnen, daß sie unter schwierigen Verhältnissen ein eigenständisches, aber bislang sich durchaus bewährendes Gemeinswesen geschaffen haben. Jede Anordnung wurde von Anfang an streng unterdrückt und die Achtung und Herrlichkeit des Gesetzes mit einer Kraft und in einer Vollkommenheit durchgeführt, wie sie sonst beispiellos ist bei Ländern mit einer beträchtlich schneller Bevölkerungszunahme. Wenn man die Verhältnisse, unter denen das Land kolonisiert wurde, berücksichtigt, so ist es an sich eine beachtenswerte Thatsache, daß gewaltthäufige Selbsthilfe und Lynchjustiz überhaupt nur selten den regelrechten Lauf der Gerechtigkeit haben unterlaufen müssen und steht selbst in den entgegengesetzten Bergbau- und Weidewirtschaften eigentlich unbekannt sind. In der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten hatte abrigens die Kolonie vollkommen freie Hand gemäß der neuen Politik, die Großbritannien gegenüber seinen Kolonien derzeit angenommen und praktisch durchzuführen begonnen hatte. Der unabdingbare und selbstverstärkende Charakter der Bevölkerung, der Reichthum des Landes, die freiheitliche Selbstverwaltung und die außerordentliche Lage, verbunden mit dem stetigen Anwachsen der australischen Kolonien, haben aber jetzt in Australien gesetzliche Grundlagen und soziale Verhältnisse geschaffen, die einer weit demokratischen Charakter tragen, als in irgend einem englischsprechenden Lande. George R. Martin, der natürlich den Bürger des freien Nordamerikas nicht verläugnet, sagt: "Die Verfassung und Regierung, sie seien so demokratisch, daß man aber

geregneten, auf sittlicher Grundlage errichteten Haushalte, sei es in der eigenen Familie oder dieser des Lehrherrn, die arbeitsfreie Zeit zu verbringen, dann wird ein Lehrling den festen Grund für seine wirtschaftliche und gesellige Bildung legen können. Aber die große Mehrzahl dieser ist nicht in der Lage, einen Platz im Familienkreise zu finden. In dem Waisenhause ausgezogen und aus diesem mit der beginnenden Lehrzeit entlassen, muß mancher ein Unterkommen als Schlafstube aussuchen, und zwar wegen seines geringen Arbeitsverdienstes dort, wo er es billig findet. Hierin liegt die Gefahr der sittlichen Verwilderung und des gesellschaftlichen Verommens. Gegen solche ihn zu schützen, ist eine ethische Aufgabe, gleichzeitig aber auch eine Förderung der gewerblichen Interessen. Insbesondere in Großstädten sind die billigen Schlafstellen vielsach eine Stätte des Lasters, welchem der Sechzehnjährige ausgesetzt ist. Andererseits sind die Wohnungsvorbedingungen auch gerade hier so, daß der Lehrherr hier in den allerfeinsten Fällen den Lehrling in seinem Haushalte aufzunehmen vermag. Deshalb werden die Innungen ein ergiebiges Feld zur Entwicklung ihrer lebenswichtigen Tätigkeit gerade auf diesem Gebiete finden. Zu den in Gew. Ord. §§ 97, 97a begrenzten Aufgaben gehört die Regelung des Lehrlings- und des Herbergswesens. Beide miteinander zu vereinen, sieht ein rechtliches Bedenken nicht entgegen. Wie die Herbergen dem einwandernden Gesellen eine Stätte bieten soll, in welcher er jahrgenossen trifft, über Arbeitsverhältnisse Auskunft erhalten, vor Übervortheilungen durch Dritte bewahrt werden soll, ebenso kann ein Heim für Lehrlinge errichtet, diejenen Unterhalt und Versorgung zu angemessenen Preisen verschaffen, nebenbei aber sie vor schlechter Gesellschaft schützen, überwachen und erziehen, auf sie einzurichten. Unter der Bezeichnung „Herberge“ pflegt gemeinwohnlich allerdings eine Stätte verstanden zu werden, welche gleichzeitig der Unterunft und der Belustigung dient. Deshalb wird zur Vermeidung von Mißdeutungen vielleicht günstiger das „Lehrlingsheim“ gewählt.

Lange zuvor die „Baugewerks-Zeitung“ gelernt hat die Lage so vieler Lehrlinge unter „ethischen“ Gesichtspunkten zu würdigen, hat die vielversprochene Sozialdemokratie die Uebstände, unter denen die jungen Leute, die genügt sind, in gemieteten Schlafräumen zu kampieren, leiden, geschildert. Es ist unlogisch, daß das „Schlafstübchenwesen“ leichte schweren Bedenklichkeiten hat. Aber wenn die „Baugewerks-Zeitung“ glauben machen will, wenn der Lehrling in der Familie des Lehrherrn seine arbeitsfreie Zeit verbringe, könne er einen festen Grund für seine wirtschaftliche und gesellige Bildung legen, so ist das eitel Geflunkert. Gedankt ist es die Annahme von der Regel, wenn das auf einen Lehrling zutrifft. Die Regel ist die, daß der Lehrling im Hause des Meisters, besonders wenn er aus dem Waisenhaus kommt, sich als Hausknecht, Küchen- und Kindermädchen, als Slave des Meisters, der Frau Meisterin, der Meisterskünder und womöglich auch noch der Gesellen sich müßt zuschauen lassen. Arbeitsfreie Zeit zu seiner Erholung und Ausbildung hat er nicht! Seine „wirtschaftliche“ Ausbildung beschränkt sich darauf, genau zu wissen, was die Produkte kosten, die er der Frau Meisterin täglich einlaufen muß. Und

die „ethische“ Ausbildung; — na, darüber schweigt man am besten ganz. Wenn sie darin bestände, daß der Lehrling sehr bald den Schatz gemeinsamer Schimpfworte und brutaler Redensarten, über den der „ethische“ Herr Meister und seine Gattin verfügen, auswendig lernt, so könnte man diese Ausbildung eine vollendete nennen! Gegen Lehrlingsheime an sich haben wir gar nichts einzubringen, aber unter einigen Voraussetzungen. Erstens sollen sie nicht eine Innungsruhme. Einrichtung sein, wie die „Baugewerks-Zeitung“ fordert. Ebenso wenig, wie wir die Innungs-Herbergen anerkennen, lassen wir die Innungs-Lehrlingsheime gelten. Es ist ja zum Vachen, wenn das Meister-Organ behauptet, die Herbergen haben den Zweck, den einwandernden Gesellen vor Übervortheilung zu bewahren! Nein, sie haben lediglich den Zweck, den Meistern die Herrschaft über den Arbeitsmarkt zu sichern, damit sie, ihren Sondervortheilen entsprechend, möglichst billige Arbeitskräfte erhalten. Die Innungs-Herberge hat noch keinen vor schlechter Gesellschaft besetzt. Und von „ethischer Bildung“, die aus dem Reiche der Innungs-Herbergsbetriebs hervorgegangen wäre, haben wir noch nichts bemerkt.

Heimstätten für alleinstehende jugendliche Arbeiter zu schaffen, ist eine Aufgabe der Gemeinden, und an der Erfüllung dieser Aufgabe sollen auch die Arbeiterscoporationen mit beteiligt werden. Uebrigens könnten auch in Erweiterung der gemeindlichen Initiative die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Aufmerksamkeit und Tätigkeit ebenso gut auf einer Einrichtung, wie den Herbergs- und Arbeitsnachweisen widmen. Natürlich müßten die jämmerlichen Organisationen in einer Stadt zusammenwirken. Wenigstens sollten alle aufgelösten und nachdenkenden Arbeiter sich bemühen, den alleinstehenden jugendlichen Arbeitern Unterhalt in anständigen, vernünftigen Familiennachweisen zu verschaffen, die aus dem Schlafstübchenwesen kein Gewerbe machen. Nur suche man unter allen Umständen zu verhindern, daß die jungen Leute verzweifeln und vermutert werden. Die erwachsenen, erfahrenen und verständigen Arbeiter haben die unabdingbare Pflicht, sich die Pflege der geistigen und materiellen Interessen der jungen Leute angelegen zu setzen. Sie sollen erzogen werden im Geiste des Sozialismus und nicht eine Dressur für die herrschenden Sonderinteressen erfahren!

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* Die Hamburger Sozialdemokratie nahm am Abend des 4. November in neuem Massenversammlungen, welche insgesamt von mindestens 30 000 Personen besucht waren, den Kampf zwecks Durchführung einer wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Reform des hamburgischen Staatswesens auf. Sämtliche Versammlungen nahmen, nachdem eingehende Referate erläutert worden, einstimmig eine gleichlautende Resolution in, welcher das jetzt herrschende System als unvereinbar mit den Interessen der Gesamtheit verurtheilt und daß als allgemeine gleiche und direkte Wahlrechte als Grundlage für die Neuorganisation des politischen Regiments in wirtschaftlich-demokratischem Sinne gefordert wird. Im letzten Theil der Resolution werden, um dem weiteren Umschreiten der Noth und dem Wohnungselend entgegenzutreten, folgende Forderungen erhoben:

Arbeiter. Die Arbeiter-Vereinigungen halten einen feierlichen Umzug und die städtischen Behörden, der Gouverneur und die Männer von leitender öffentlicher Bedeutung befinden durch ihre Theilnahme daran, daß sich um einen das ganze Gemeinwohl berührenden Festtag handelt. Am Sonnabend wird in den größeren Städten ziemlich allgemein sogar nur fünf Stunden gearbeitet. Die längere Arbeitszeit gibt aber dann der Erholung und dem Vergnügen freieren Raum und hierfür ist wiederum in einer würdigen und guten Weise gesorgt, die mannsfach gesunde Erholung mit Belebung und Weiterbildung vereinigt. Die öffentlichen Parks und botanischen Gärten mit ihren Sammlungen und lehrreichen Ausstattungen werden in den Augenstunden aufgesucht und man erfreut sich ihrer Natürlichkeit und verfolgt mit Interesse die Entwicklung der Anlagen und der einzelnen Pflanzen; der Stresemare sucht vielleicht die öffentlichen Museen und Bibliotheken auf, die freien Freiläufe, in denen ihm die Tagesblätter politische Neuigkeiten, vorzügliche Wochenzeitungen und alte Wissenswertheiten bieten; zur gleichmäßigen Ausbildung des Körpers geben die öffentlichen Spielplätze, auf denen hauptsächlich das Fußball und das Kreispiel geübt werden, Gelegenheit, gleichzeitig auch einer großen Zahl von Zuschauern Vergnügen bereitend; Ausflüge, um interessante Gegenden und imponante Naturschönheiten zu besuchen, werden gemacht, und zwar in einer weit größeren Ausdehnung als man solches in anderen Ländern findet. Und so zeigt sich uns wiederum als eine besondere Eigenart des australischen Kontinents, daß in seinen zivilisierten Bevölkerung — und dieses trifft nicht nur bei den arbeitenden Klassen, sondern auch bei der übrigen Bevölkerung — gerade ein zweites, zu einem Hauptstrafe von 100 Pfund gestraft, das man sonst leicht als grundsätzlich ent-

gegenseitig anzunehmen pflegt, nämlich ein energisches und rasches Arbeiten, ein ungemein thätiger Gewerbsbetrieb, aber daneben ein fröhliches Genießen des Lebens, ein starker Hang zu Vergnügungen und Belustigungen, die das Leben angenehm und sorglos erscheinen lassen. Vermöge der exakter Eigenschaft wird der Australier mit dem Amerikaner verglichen; dieselbe haftende Geschäftigkeit, das unermüdbare Streben und Arbeiten um Vorwärtsschritte und Gewinn finden wir bei beiden, und den australischen Städten ist das rege geschäftliche Treiben, das wilde Rennen um irdische Güter ebenso stark, wie in Chicago und San Francisco. Über dieser rasch Thätigkeitssdrang ist dem Australier nicht so gewissermaßen zur anderen Natur geworden, er kann ihn auch vollkommen locken, und abspannen und, während der Amerikaner auch an den Festtagen eine gewisse Ruhe, Lofegkeit, gleichsam eine Befreiung um den dadurch zugefügten Zeitverlust an den Tag legt, giebt sich der Australier, unbestimmt, um alle Sorgen des Lebens, ja auch sein Band befreit. Ein Feiertag, den er ausschließlich der Ausspannung und Beruhigung gewidmet, ist für ihn ein gewöhnlicher Tag.

Im Anschluß an das letztere müssen wir noch eines Umstands gedachten, das ist das ungemeine Interesse, das in Australien für jedwede Art von Sport und für körperliche Übungen und Spiele sich zeigt und damit auch einen hervorstechenden Charakterzug der australischen Bevölkerung bildet. Dieses Interesse ist so allgemein in allen Schichten der Bevölkerung gedrungen und ist dabei so lebhaft, daß es unbedingt auch als eine Eigentümlichkeit Australiens hingestellt werden muß. Es gibt

- Expropriation der eignen, ungefundene Stadtbüchse unter weitgehender Anrechnung des durch die Vernachlässigung der Grundstücke herbeigeführten Wertverlustes,
- Übruch der fraglichen Stadtbüchse und Wiederbesiedlung derselben nach vernünftigen hygienischen Grundsätzen für Rechnung des Staates.
- Erbauung von gehoben billigen Wohnungen auf Staatsgrund und für Staatsrechnung in möglichster Nähe der Stadt.
- Bemietung dieser Wohnungen zunächst an die aus den für den Übruch bestimmten Stadtbüchsen ausgewichene Bevölkerung, soweit diese darauf rezipitieren.
- Durch den niedergelegten Stadtbüchsen neuverbaute Gebäude sind nicht an Private eigentümlich zu überlassen, sondern ebenfalls für Rechnung des Staates zu vermieten.
- Die Mieten sind so zu bemessen, daß sie die Unterhalts- und Verwaltungskosten und für die Bau Kosten den für Staatsanleihen üblichen Zins auskringen.
- Einstellung jeder weiteren Veräußerung von Stadtbüchsen.
- Herstellung einer Eisenbahnverbindung der Vororte unter sich und mit der Stadt.
- Schleunigste Ausführung alter in Aussicht genommenen Staatsarbeiten.
- Ausführung aller Staatsarbeiten für eigene direkte Rechnung des Staates.
- Festlegung eines Normalarbeitsstages von acht Stunden und eines auskömmlichen Minimallohnes für alle Arbeiter in Staatsbetrieben.
- Wie „Siege“ über die Sozialdemokraten gemacht werden, hat sich klarlich bei den Gewerbegelehrten gewählt in Trier wieder einmal gezeigt. Der Ultramontanen ist das Resultat dieser Wahlen so wichtig erschienen, daß sie dafelbe — 488 Christlich-soziale gegen 175 sozialdemokratische Stimmen — am Wahlgange in alle Welt hinaus telegraphiert. Da feien wir nun im „Voten von der Saar“ Folgendes:
- Als die Maurer, Steinbauer u. a. Schäferweise in's Wahllokal rückten, mußten sie zu ihrem Stammverein ebenfalls wieder abziehen, weil sie nicht in der Wahlteil standen, ein anderer Teil der Erzähleren wurde zurückgestellt, weil ihre Arbeitgeber Innungsmänner sind und diese ihr Innunggericht haben. Es haben dadurch mindestens 500 Bauarbeiter, die erschienen waren, ihr Wahlrecht nicht ausüben können. Ferner waren die Stimmzettel der Christlich-Sozialen auffällig gekennzeichnet. An dem Stimmzettel derselben befand sich ein Wahlausweis, der vor der Wahl abgerissen werden mußte; es war dieser Theil perfekt, wie es die Briefmarken sind, beim Abreisen blieb der sein gezauste Rand, der trefflich als Kontrollmittel diente. Eine Anzahl Christlich-Sozialer stellte nun den kleinen Wahlaufruf an dem Stimmzettel, und wurden diese erst beim Abzählen vom Wahlausweis abgerissen und die Stimmen als gültig erklärt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das unzulässig ist. Die Maurer eines Innungsmasters wurden sämtlich als nicht wahlberechtigt zurückgewiesen bis auf einen Maurer, der schon mehrere Jahre bei dem Innungsmaster arbeitete, er durfte wählen. Bäcker und Gärtner wurden fast hämisch zurückgewiesen. Eine genaue Kontrolle war überhaupt nicht möglich. Nach Schluß des Wahlaktes auf dem Kaufgericht wollte Genosse Mergener dortbleiben, der das Wahlergebnis zu erschauen, der Wahlvorsteher Dr. Nell forderte ihn jedoch auf, den Saal zu verlassen. Sobald er trug ein Stadtdiener die Wahlurne in's Rathaus, wo die Stimmen in einem Nebenzimmer bei Abschluß der Öffentlichkeit gezählt wurden. Den Eisenbahnarbeitern der Königlichen Eisenbahnwerkstätte wurde keine genügende Zeit zur Ausübung des Wahlrechts gegeben, die Meister wählten daher garnicht. Die bei den Innungsmästern beschäftigten Arbeiter durften fast alle nicht wählen. Die Wahl des bei dem Innungsmaster J. Wengen beschäftigten Steinbauers W. Neu wurde beanstandet, doch soll nach neueren Berichten dieselbe für gültig erklärt worden sein. Man sieht, welche Zustände in Trier herrschen. Die Freiheit der Wahl wird trefflich illustriert durch Erklärungen, welche die auf

der sozialdemokratischen Linie. Siebenden abzugeben, gewünschen werden. Außer der Erklärung eines Buchdruckers steht noch folgendes in der "Trierer Zeitung": "Erklärung, ich erkläre hierdurch öffentlich, daß ich der sozialdemokratischen Partei durchaus nicht angehöre und mich nur aus Unkenntniß zu derlei als Kandidat zum Gewerbeabschiedsgesetz habe aufstellen lassen. Johann Gorres, Berlin." Es lohrt sich leicht denken, wer dem J. G. die Unkenntniß seiner Unkenntniß beigebracht hat.

• **Wofür schafft der Reichstag Gesetze?** Aus Wismar in Bayern wird der "Borwärts" berichtet, der Magistrat habe in der Person des Amtsgerichtsleiters Weisbrod einen Vorsitzenden für das Gewerbebegrenzungsgesetz gewählt, derselbe sei aber von der Regierung aus unbekanntem Grunde nicht genehmigt worden! Der Stadtrath habe dann nichts Eiligeres zu thun gehabt, als mit der Motivierung, es finde sich kein Vorsteher, das mit vieler Mühe zu Stande gebrachte Gewerbebegrenzung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Noch Verhandlungen glaubwürdiger Personen sollte es Absicht sein, die Vertagung vorläufig ein Jahr, und wenn sich bis dahin kein geeigneter Vorsteher finde, ein weiteres Jahr andauern zu lassen. Man scheine ein Interesse daran zu haben, in der Sozialdemokratie, deren Kandidaten bekanntlich der Klasse der Arbeitervertreter siegten, vom Rathause fern zu halten.

Es sei eine Blamage für Primaens, daß sich dort unter 21 000 Einwohnern keine geeignete Persönlichkeit finde sollte, eine noch viel größere Schädigung seines Ansehens bereite sich, aber unsere geschehende Körperschaft, der Reichstag, dadurch, daß man Gesetze schafft, wozu mit einer Hand bewogenen wird, was die andere giebt. Es wäre im Interesse der Gesamtheit dringend notwendig, daß die Arbeitervertreter in der nächsten Reichstagszeit diesen Fall gründlich besprüchen.

Widt auch wohl geschehen.

• **Auch in Hagen sind die Gewerbebegrenzungen wohler längst, und zwar schon seit einem Jahre, vollzogen, das Gericht ist aber bis heute noch nicht konstituiert.** Die in Hagen erscheinende "Märkische Arbeiterzeitung" fürchtet nun, daß dabei derzeit amüsiante Grund obwalte, wie in Kaiserslautern, nämlich, daß "ein geeigneter Vorsteher" aufzutreiben sei; es sei an der Zeit, daß die höhere Bevölkerung schaffe.

Verlängerung der Arbeitszeit. Die Inhaber der sächsischen "Vorortenstaaten" verlangen beim Bundesrat, die Arbeitszeit vom 1. Januar bis 31. Mai auf täglich 13 Stunden festzusetzen. Ein unverschämtes Verlangen, dirkt wohl kaum jemals gestellt worden sein; freilich, in "gemäßlichen" Sachsen ist, unterschütt durch eine dem Unternehmertum ergebene Polizei, Alles möglich. Hoffentlich sorgt jedoch der Bundesrat dafür, daß die Däume der Ausbeutungswelt sachlicher Kapitalisten nicht in den Himmel wachsen.

Wohnungselend.

III.

Im Weiteren beschreibt Engels ausführlich die leichte Bauart der Cottages und führt als Grund für die die sehr bemeisterliche Thatjache an, daß "die Baumeister nie die Eigentümlichkeit des Bodens sind, sondern ihn nach englischer Sitte nur auf zwanzig, dreißig, vierzig, fünfzig oder neunundfünfzig Jahre gemietet haben, nach welcher Zeit er mit Atem, was darauf ist, dem ursprünglichen Besitzer wieder zufällt, ohne daß dieser für gemachte Anlagen etwas zu verglichen hätte".

In Deutschland ist diese Art Industrie, gänzlich Verpachtung von Grund und Boden zu Baumzwecken, freilich nicht, oder wenigstens selten, üblich (hier in Hamburg existiert etwas Ähnliches bei Staatsgrund); trotzdem werden die sogenannten "Schwindelbauten" ebenso leicht als möglich aufgeführt, um den "Rebbeds" der Unternehmer zu erhöhen, ohne Rücksicht auf die Dauerhaftigkeit derselben.

Daher kommt es denn auch, so heißt es dann weiterhin, "daß der Distrikt von Ancoats, der erst seit dem Ausflühen der Industrie, so weit erst in diesem Jahrhundert erbaut wurde, dennoch eine Menge alter und verfallender Häuser zählt, in das die größere Zahl der Häuser schon jetzt in dem letzten Stadium der

zahlreiche Plätze für körperliche Übungen und Spiele, namentlich Fußball und Kriegerpiel, die sich lebhafte Antheilnahme seitens der Arbeiter erfreuen. Partien sind die Volksmeile, die an einem Wettkampftage aus einem von ihm besuchten Spielplatz bei Melbourne sich befand, auf fünfundzwanzig Tausend Köpfe, wobei er acht bemerkte, daß an dem gleichen Tage noch an verschiedenen anderen Plätzen der Stadt gleiche Wettkämpfe stattgefunden hätten, die fast ebenso zahlreich befudt gewesen sein sollten. Auch hier hat natürlich wieder der gewöhnliche Mann und der Arbeiter das wesenlichste Kontingent stellen müssen.

Haben wir nun aber diese eigenthümliche Verbindung von rastloser Tätigkeit und angestrahlten Arbeiten mit einem fröhlichen Genießen und einem leichten Wohlleben als einen charakteristischen Zug der ganzen australischen Bevölkerung hingestellt, so muß man immer schließen, daß die Verbindung von Arbeit und Genuss bei dem großen dem arbeitenden Theil der Bevölkerung nur aufrecht erhalten bleiben kann, wenn die ganze Lage der arbeitenden Klassen so hervorragend günstig bleibt wie sie leichter war. Aber das wird sie eben nicht. Die wirtschaftliche Entwicklung Australiens ist jedenfalls eine ganz ausnahmsweise, bisher eigentlich nur von glücklichen Umständen gefördert gewesen. Ergenzt welche Ränder oder Kriege hat das Land niemals zu bestehen gehabt; die eingeborene Bevölkerung war so schwach, daß sie der unbedeutenden Besiedlungsgesetz der weiten Landstrichen und der mineralischen Räger keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen konnte; britische Kolonie schützte die Küste vor jeder auswärtigen Gefahr. Niemals konnte ein Land so geschickt industriellen Erfolgen entgegensehen. Dazu kommen die reichen Hüllsquealen des Landes selbst, die ausgedehnten fruchtbaren Weide-

Bewohbarkeit sich befindet. . . . Natürlich wird es mit den vierzig Jahren so genau nicht halten, dass wenn die Wohnungen in einem stark bebauten Stadtteil liegen, und also bei teureren Grundstücken, viel Ausicht da ist, bis Mieterei für jene zu finden, thun die Unternehmer auch wohl etwas, um sie über vierzig Jahre hinaus einzigermaßen in bewohnbarem Zustande zu erhalten; aber auch gewiß nicht mehr, als das Allernotigste, und diese reparierten Wohnungen sind dann gerade die ältesten geworden. Zuweilen, bei drohenden Epidemien, wird das sonst sehr schläfrige Gewissen der Gesundheitspolizei etwas ausgeriegelt und dann unternimmt sie Streifzüge in die Arbeiterviertel, schlägt ganze Reihen von Kellern und Cottages, wie dies z. B. mit mehreren Häusern in der Nähe von Oldham Road geschehen ist; aber das dauert nicht lange, die geächteten Wohnungen finden bald wieder Insassen, und die Eigentümner stehen sich besser dabei, wenn sie sich wieder Mietner suchen — man weiß ja, daß die Gesundheitspolizei so bald nicht wieder kommt!

Die östliche und nordöstliche Seite von Manchester ist die einzige, an welcher sich die Bourgeoisie nicht angesiedelt hat — aus dem Grunde, weil der hier zehn oder elf Monate im Jahre herrschende West- und Südwestwind der Raum aller Fabriken — und der ist nicht gering — sieht nach dieser Seite hinüber treibt. Den tönen die Arbeiter allein einanonym.

Der Verfasser schließt dann die Beschreibung Manchesters, sowie überhaupt den der Arbeiterwohnungen behandelnden Theil seines Werkes mit folgenden Ausführungen:

"Doch sind die verschiedenen Arbeiterviertel von Manchester, wie ich sie selbst während zwanzig Monaten zu beobachten Gelegenheit hatte, fassen wir das Resultat unserer Wanderung durch diese Gegenden zusammen, so müssen wir sagen, daß dreihundertfünfzigtausend Arbeiter von Manchester keine Reinlichkeit, keine Bequemlichkeit, also auch keine häusliche möglich ist; daß in diesen Wohnungen nur eine entmenschlichte, degradirt, intellektuell und moralisch zur Bestialität herabgedrückte, körperlich traurliche Klasse sich befähigt und beheimatet kann. Und ich bin nicht der Einzige, der das behauptet; wir haben gesehen, daß Dr. Kay ganz dieselbe Beschreibung giebt, und zum Überfluß will ich noch die Worte eines Liberalen, einer ehemaligen und sehr geachteten Autorität der Fabrikanten, eines kanadischen Gegners aller selbständigen Arbeiterbewegungen, die Worte des Herrn Sennior hergeben: "Als ich durch die Wohnungen der Fabrikarbeiter in der irischen Stadt Ancoats und Klein-Irland ging, erstaunte ich, nur darüber, daß es möglich sei, in solchen Wohnungen eine erratische Gesundheit zu bewahren. Diese Städte — denn das sind mit Ausdehnung und Einwohnerzahl — sind errichtet worden mit der äußersten Rücksichtslosigkeit gegen Alles, ausgenommen den unmittelbaren Nutzen für die spülenden Erbauer. Ein Bimmer und ein Mauer vereinigen sich, eine Reihe Bämmer zu kaufen (d. h. auf eine Anzahl Jahre zu mieten), und diese mit sogenannten Häusern zu bedecken; an einer Stelle landen wir eine ganze Straße, die dem Lauf eines Grabens folgt, damit man ohne die Kosten der Abtragung Keller bekommt, nicht zu Rumpfzämmern und Niederlagen, sondern zu Wohnungen für Menschen. Kein einzelnes Haus in dieser Straße entging der Cholera. Und im Allgemeinen sind die Straßen in diesen Städten ungeplastert, mit einem Dünghausen oder einer Lache in der Mitte, die Häuser mit der Rückwand zusammengebaut und ohne Ventilation oder Trockenlegung, und ganze Familien sind auf den Windeln eines Kellers oder einer Dachluke befristet."

Ich erwähne schon oben einer ungewöhnlichen Thätigkeit, die die Gesundheitspolizei zur Cholerazeit in

slachen, das üppige Küstenland, die unermesslichen mineralischen Schätze, namentlich an Gold und Silber. Mit Rücksicht auf die stand über dem Lande britisches Kapital für jede Unternehmung, für jeden spekulativen Zweck in unbeschranktem Maße zur Verfügung. Dabei ist durch ein systematisches Vorgehen des Staates, bei Ausführung öffentlicher Bauten in den letzten zwanzig Jahren dem Arbeitsmarkt eine Steigerung gegeben, die unter anderen Verhältnissen nicht zu erreichen gewesen wäre. Der Wettbewerb um Arbeit verringert sich, aber an sich schon durch die erhebliche Entfernung des Landes von den großen Mittelpunkten der europäischen Bevölkerung. Man braucht von dort sinnlich so viel Zeit, um Australien zu erreichen, als die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die damit gleichzeitig gebogene größere Schwierigkeit der Rückkehr macht für den Auswanderer den Bruch mit der bisherigen Heimat noch schärfer. Drei Hauptstädte gibt es darnach für die heutige Lage der arbeitenden Klassen in Australien: Die australische, wesentlich durch die großen Goldfunde herbeigeführte Wohlhabenheit des Landes, die ausreichende Versorgung über auswärtiges Kapital in einem ungewöhnlichen Maße, und eine in anderen Ländern nicht vorhandene natürliche Beschränkung des Weltmarktes für Arbeit. Daher kommt außerdem noch, daß infolge der starken Konzentration der Bevölkerung in den großen Städten eine Verhinderung der Arbeiter weit leichter stattfinden kann. Alle großen Arbeitsergebnisse werden darnach lediglich in Melbourne, Sydney, Brisbane und Adelaiden entschieden; der Einfluß der städtischen Bevölkerung ist in einer Weise wie sonst nirgends ausgeschlagend. Wenn die Umstände aber auch alle an sich als außerordentlich bezeichnet sind, so kann damit doch nicht als ausgeschlossen betrachtet werden, daß sie nicht auch

Wachstum entzieht. Als nämlich diese Epidemie herantrat, befand ein allgemeiner Schreck die Bourgeoisie dieser Stadt; man erinnerte sich auf einmal der ungesehenen Weisheit des Amm. d. Med. d. "Grundstein". Gerade wie jetzt in Hamburg und dazittert bei der Gewissheit, daß jedes dieser schlechten Viertel ein Zentrum für die Seuche bilden würde, von wo aus sie ihre Verüstungen nach allen Richtungen in die Wohnungen der bestehenden Klasse ausbreite. Sogleich wurde eine Gesundheitskommission ernannt, um diese Bezirke zu untersuchen und über ihren Zustand genau an den Stadtrath zu berichten. Dr. Kay, selbst Mitglied der Kommission, die jeden einzelnen Polizeibeamten mit Ausnahme des ersten, speziell beschäftigte, giebt aus seinem Bericht einzelne Auszüge. Es wurden im Ganzen 6951 Häuser — natürlich nur im eigentlichen Manchester, mit Ausnahme von Salford und den übrigen Vorstädten — inspiziert; davor hatten 2655 dringend einen inneren Kalfantrich nötig, an 980 waren notwendige Reparaturen vernachlässigt (were out of repair), 989 waren ohne hinzehende Abflüsse, 1435 waren feucht, 452 schlecht ventilirt, 2221 ohne Abritte. Von den inspizierten 687 Straßen waren 248 ungeplastert, 53 nur teilweise geplastert, 112 schlecht ventilirt, 382 enthielten stechende Pflüze, Häufen von Unrat, Abfall und dergleichen. — Natürlich, einen solchen Augiaßhau vor der Ankunft der Cholera zu segnen, war platernd unmöglich; daher begnügte man sich mit der Vermüngung einiger der schlechtesten Windel- und Lieb-Schlaf-Alles beim Alten — es versteht sich, daß an den gereinigten Stellen, wie Klein-Irland beweist, nach ein paar Monaten die alte Unfräherrei wieder hergestellt war. Und über den inneren Zustand dieser Wohnungen berichtet dielebe Kommission Aehnliches, wie wir von London, Edinburgh und anderen Städten hören: Ob ist eine ganze irische Familie in einem Bett zusammengebracht; oft verbirgt ein Häuflein schmutziger Stroh und Decken von altem Gedrein alle in einem ununterhoblichen Häuflein, wo Feder durch Mangel, Stumpfmus und Lieberlichkeit gleich erniedrigt ist. Oft finden die Inspektoren in einem Hause mit zwei Zimmern zwei Familien, in dem einen Zimmer schliefen sie alle, das andere war gemeinsames Zimmer und Küche; und oft wohnte mehr als eine Familie in einem einstübigen feuchten Keller, in dessen pestiferialer Atmosphäre zwölf bis sechzehn Menschen zusammengepfercht waren; zu diesen und anderen Quellen von Krankheiten kam noch, daß Schweine darin gehalten wurden und andere Geschäftigkeiten der empörendsten Art sich voranden". Wir müssen hinzufügen, daß viele Familien, die selbst nur ein Zimmer haben, darin Kosaken- und Schlafgenossen für eine Entschädigung aufnehmen, daß solche Kosakengenossen von beiden Geschlechtern nicht selten sogar mit dem Ehepaar in einem und demselben Bett schlafen, und daß z. B. der eine Fall, daß ein Mann, seine Frau und seine erwachsene Schwester in einem Bett schliefen, nach dem Bericht über den Gesundheitszustand der Arbeiterklasse in Manchester sechs, oder mehrmal vorgefundene wurde. Die gemeinsame Vogelhäuser sind auch hier sehr zahlreich; Dr. Kay gibt ihr Zahl 1831 auf 267 im eigentlichen Manchester an, und seitdem muß sich sehr vermehrt haben. Diese nehmen jedes zwischen zwanzig und dreißig Gäste auf und beherbergen also zusammen jede Nacht zwischen fünf- und siebenzehntausend Menschen; der Charakter der Häuser und ihrer Räume ist derfelbe, wie in den anderen Städten. Fünf bis sieben Betten liegen in jedem Zimmer ohne Bettstellen an der Erde, und darauf werden so viel Menschen gelegt, wie sich finden, und Alles durchneinander: Welche physische und moralische Atmosphäre in diesen Höhlen des Lasters herrscht, braucht ich wohl nicht zu sagen. Jedes dieser Häuser ist ein Fokus des Veroreagens und ein Schauplatz von Handlungen, die die Menschlichkeit empören und vielleicht, ohne diese gewaltsame Centralisation der Unzittlichkeit nie zur Ausführung bekommen wären.

"Die Ungahl der in Kellernwohnungen lebenden Individuen quält es fast, daß das eigentliche Manchester auf 20 000 an. Das "Welch Dispatch" gibt die Anzahl nach offiziellen Berichten" auf 12 Prozent der Arbeiterklasse an, was damit stimmen würde — die Anzahl der Arbeiter zu 175 000 genommen, sind 12 Prozent gleich

dauernd sein könnten. Die Möglichkeit ist immerhin gegeben, teilsweise aber eine absolute Sicherheit: Eine große finanzielle Krise oder ein starkes Bevölkerungsstrom von Einwanderern wird immer die jetzigen Verhältnisse stark zu gefährden oder umzuwerfen im Stande sein, und so ist es nicht zu verwundern, daß sich in Australien selbst schon manche Zweifel bezüglich der Gültigkeit des derzeitigen Zustandes gestellt gemacht haben. Das Abhängigsein von fremdem Kapital macht namentlich die australischen Finanzen bedenklich, während der Arbeiter eine starke Einwanderung vor Auge führt, und nach dieser Richtung in Sicherung von der Gesetzgebung in mehr oder weniger offener und rücksichtloser Weise fordert. Auch Australien hat sein Bagabundenthum; Scharen von Menschen, die entweder arbeitslos oder arbeitsché sind. — Diese freilich sich sowohl in den großen Städten wie auf dem Lande umher, ziehen von Haus zu Haus, von Station zu Station und werden überall mit Bereitwilligkeit unterstützt, weil sie gleichzeitig gefürchtet werden. Durch das Klima und die ganzen Verhältnisse Australiens wird dieses Stromerium wesentlich gefördert. Neun Monate von zwölf kann man in den meisten Gegenden im Freien leben, und wie reichlich selbst in den Städten von diesen Milde der Natur Gebrauch gemacht wird, kann man jede Nacht in den Parks von Sydney sehen. Dabei sind die Lebensmittel verhältnismäßig billig. Arbeitshäuser gibt es in Australien nicht, dafür hat man über "Wohltätigkeitsalje", die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden und mit einer großen Zahl von Insassen belegt sind, aber vielfach mit solchen, die sehr wohl im Stande wären, sich selbst zu unterhalten und in jedem anderen Staate solches auch zu thun gezwungen sein würden.

21 000. Die Kellerwohnungen in den Vorstädten sind mit indestens ebenso zahlreich, und so wird die Zahl der in Manchester im weiteren Sinne in Kellern wohnenden Personen nicht unter 40–50 000 betragen.“

So Engels über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in England im Anfang der vierzig Jahre. Wir haben schon weiter oben bewertet, daß es den deutschen Lesern dieser Ausführungen scheinen kann, als ob der Verfasser die heutigen Arbeiterwohnungsverhältnisse in Deutschland schilberte. Auch hier wird es, wie Engels von England sagt, erst wiederholter Erfahrung durch Epidemien bedroht, bis die in den Stadtverwaltungen dominierende Bourgeoisie sich genügt fühlen wird, die so dringend notwendigen Verbesserungen im Bauwesen unter Beiseitestellung ihrer Ausbeutungsinteressen in Angriff zu nehmen. Eine radikale Lösung der Wohnungsfrage wird, wie wir ebenfalls schon angekündigt haben, unter den heutigen Verhältnissen überhaupt nicht möglich sein. Erst wenn der Sozialismus überall, sowohl in den Staatsleistungen, als auch in den Gemeindevertretungskörpern, sein Banner der Gerechtigkeit und Menschenliebe aufgestellt haben wird, erst dann wird mitammt der Betreiber der Bourgeois-Interessen auch das Wohnungsbauel der Arbeiter von der Bildfläche verschwinden.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Ein Centralherberge für sämmtliche Gewerkschaften ist in Breslau, Neumarkt Nr. 8, im Gothaer „Zu den drei Täuben“, vom dortigen Gewerkschaftsrat errichtet worden.

Einen Gewerkschaftsbund aller in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, welcher über die ganze Schweiz sich erstrecken soll, will der unermüdliche Arbeiterselbstverwalter Dr. Wissilius gründen, nachdem es ihm gelungen ist, die Arbeiter der eidgenössischen Waffenfabrik Bern zu organisieren. In welchem Geiste die Organisation betrieben wird, zeigen die nachfolgenden Bestimmungen aus den Statuten der Berner Waffenfabrikarbeiter-Gewerkschaft:

S 1. Ihr Betracht ziehend:

1. daß der die arbeitende Klasse kniechende Kapitalismus auch in den vom Staate betriebenen Unternehmungen seinen Geist und Einfluß geltend macht;
2. daß dieser Geist und Einfluß darin sich manifistiert, daß auch in den Werkstätten unseres demokratischen Staates Verhältnisse existiren, welche für den freien Bürger unvordringlich sind; indem die ganze Fabrikordnung, Disziplin und Arbeitsverhältnisse nicht auf der Einigung der Bürger und auf demokratischer Grundlage beruhen, sondern nur auf der Basis des Absolutismus, der Diktaturen und Einschüchterungen der Leitung und ihrer Unterordnungen einerseits und Angst- und Furcht der Arbeiterschaft andererseits;
3. daß diese ungesunden Verhältnisse noch unerträglicher werden durch die hieraus folgende Entwicklung des Kriech- und Venenentzündthums; vereinigen sich die in den eidg. Waffenfabrik arbeitenden Bürger, gestützt auf Art. 56 der Bundesverfassung, zu einer Gewerkschaft, welche eine geschlossene Stellung gegen die obengenannten, den freien Geist der Schweizerbürger erniedrigenden Auswüchse des Kapitalismus nehmen wird.

S 2. Die Vereinigung der Arbeiter der eidg. Waffenfabrik in Bern wird bestrebt sein,

1. die Mitglieder zur Ordnung, Disziplin und Fleiß, Solidarität, Bildung und Geselligkeit und anderen republikanischen Tugenden aufzuporzen;
2. die eidgenössische Waffenfabrik bezüglich der Arbeitsbedingungen auf demokratische Voix überzuführen und damit zu einer Musterfabrik zu gestalten;
3. in Verbindung mit anderen Arbeitervereinigungen der eidgenössischen, fäntonalen und ähnlichen Werkstätten als Pioniere der schweizerischen Arbeiterbewegung aufzutreten.

Die Gewerkschaft wird vorläufig auf zwei Jahre gegründet. Jedes Mitglied verpflichtet sich, diese Zeit treu auszuhalten.

Ein deutscher Staatsarbeiter wird, wenn er das sieht, stark sein vor Vermunderung. Bei uns werden die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, wenn sie es wagen, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, gemahngestellt und wohl gar auf die schwarze Liste gesetzt. Dafür leben wir auch im Rechtsstaate. In der „wilden“ Schweiz aber dürfen die staatlichen Arbeiter nicht einer gewerkschaftlichen Organisation beitreten, ein Staatsbeamter agitiert auch noch obendrein für diese Organisation!

* Ein Kongress der Bergleute des Vorlauges tagte in Cüssmes 16. Bereite waren vertreten. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die Lohnfrage. Von allen Seiten wurde gefragt, daß die Löhne niemals so niedrig gewesen seien, wie gegenwärtig Schließlich erhob die Versammlung folgende Tagessordnung Faustklaus zum Beschlus: „Der Kongress hält es für notwendig, an die Direktoren des Betriebs von Mons die Bitte um eine Lohnhebung von 30 Prozent zu richten; jedenfalls kann der Tagelohn der Arbeiter nicht weniger als 3,50 francs betragen.“ Zugleich beschließt der Kongress, den Gouverneur der Provins zu eruchen, den Gewerbe- und Arbeitsrat zu berufen, um sich, falls die Arbeitgeber obige Lohnhebung nicht bewilligen sollten, über die Frage zu verständigen.“ Der Antrag eines Delegierten, von den Arbeitgebern eine Antwort bis zum 4. Dezember zu verlangen und, wenn eine solche bis dahin nicht erfolgen sollte, einen Zusammenschluß in's Werk zu sehen, wurde abgelehnt, weil man alle Kräfte für den allgemeinen Ausstand bewahren müsse, der der etwaigen Ablehnung des allgemeinen Stimmrechts folgen werde.

* Die Bauunternehmer Londons führen, wie dem „Vorwärts“ von dort berichtet wird, gegenwärtig einen interessanten Kampf mit dem Londoner Grasbach. Wie unsere Leser aus früheren Mitteilungen wissen, hat letztere Körperchaft der Grasbach adoptirt, ist allen in Verding aufzugebenden Arbeiten

die Beobachtung der von den organisierten Arbeitern der betreffenden Industrie anerkannten Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzuschreiben. Dieser Beschluss – eine Probeobdosis fragefeuer, oder mit anderen Worten, Diktatur des Proletariats – hat bei den großen Unternehmen der Bau-Industrie org. verschlungen, und sie beschlossen daher, dem auf sozialrevolutionären Prinzipien wandelnden Rath eine nationalökonomische Petition zu ertheilen. Als der Rath vor einiger Zeit gewisse Kanalisationen ausgeschrieb, ließen im Ganzen nur zwei Anerbietungen ein, und zwar mit je über 60 pft. höherer Preisforderung, als der Voranschlag des Rathes gestaltete. Es lag klar auf der Hand und wurde überdeutlich durch eine Reihe anderer Thatsachen bestätigt, daß hier ein Komplot der Unternehmer vorlag, daß dem Grafschaftsrath ein „Ring“ gegenüberstand, dessen Zweck es war, die Durchführung der Gewerkschaftslaufel zu verbünden. Der Rath sollte gezwungen werden, einzugehen, doch sich mit dieser Klaue nicht wirtschaften laße, das unter ihm keine Dinge gelebt einlaufen und die Arbeiter zu sehr verhext würden, um an ihr festhalten zu können. Der Plan war sehr hübsch ausgedacht, aber es kam anders. Statt de. und wohlmäßig zu Kreuze zu rücken, beschloß der Rath auf Antrag seines zuständigen Comitets, bei den betreffenden Kanalisationsarbeiten die Dienste der herren Zwischenunternehmer garnicht in Anspruch zu nehmen, sondern sie selbst ausführen zu lassen, ferner, wie der Vorsteher jenes Comitets hinzufügte, gegenüber der Haltung der Zwischenunternehmer in der Zukunft dieselbe Politik zu beobachten.

Dieses war der erste Streich und der zweite soll jetzt folgen: Der Grafschaftsrath hat in Verbindung mit den Arbeitern am Blaauwald-Tunnel eine größere Anzahl Arbeiterwohnungen zu errichten. Der Bau derselben wurde auf Verding ausgeschrieben, aber noch meinen die Unternehmer den Rathleintragen zu können, und so ließen wiederum so teure Angebote ein, daß auch hier das Comité sich veranlaßt sieht, den Selbstbeherrsch der Bauten zu empfehlen. „In weiterer Erwähnung“, heißt es in seinem Bericht, „findt mir der Ansicht, daß es ökonomisch sein würde, wenn der Rath selbst die Bauten übernimmt; dadurch würde er die Extra Kosten sparen, welche den Profit der Unternehmer bilden, sowie die Kosten für die Überwachung der Arbeiter. Außerdem könnte der Rath sicher sein, daß seine Material und die beste Arbeit zu demselben Preis zu bekommen, der im anderen Falle den Zwischenunternehmern überlangt würde.“ Es untersteht gar keinem Zweifel, daß der Antrag durchgehen wird, und so haben, wie „Daily Chronicle“, das Mundstück der progressistischen Mehrheit des Rathes, schreibt, die Zwischenunternehmer statt der Gewerkschaftslaufel vorläufig nur sich selbst abgeschafft. Gelingt es dem Grafschaftsrath, woran bei zweckmäßigem Verfahren gar kein Zweifel ist, daß er nicht nur eben billige, sondern auch zugleich bessere und bessere bezahlbare Arbeit zu Stande bringt, wie die Zwischenunternehmer, so wird aus dem „Vorläufig“, soweit die städtischen Arbeiten in Betracht kommen, sehr bald ein definitives Werk. Jedeballs ist der Verzug aller Anerkennung wert und darf allgemeines Interesse beanspruchen.

Ein großer Bergarbeiterstreit droht in Wales auszubrechen. 90 000 Bergleute haben angekündigt, daß sie die Gültigkeit der vergangenen Bohnsalafabrikationen den 31. Dezember d. J. nicht mehr anerennen würden.

* Die Bergleute von Kansas, Texas und Wyoming streiten um eine Lohnhebung von einer Mark täglich. Der jetzige Lohn betrug M. 6,50–7.

Die sozialistische Liga Australiens hält, wie die Pariser „Bourse du Travail“ berichtet, einen Kongress ab, auf welchem unter Anderem beschlossen wurde, den internationalen Kongress in Zürich zu beschließen.

Zur Organisationsfrage.

Das Organ für sämmtliche Bau- und gewerblichen Hälftearbeiter Deutschlands, der hier erscheinende „Arbeiter“, bringt in seiner Nr. 22 vom 22. Oktober einen längeren Artikel unter der Überschrift: „Wie soll die Organisation sein?“ Derfelbe ist gezeichnet S. 1. und führt zunächst folgendes aus:

„In der Agitation für die Gewerkschaftsorganisation tritt vielfach eine Falt zu Tage, welche beweist, daß dieselbe eine total verfehlte ist. Schon eine geraume Zeit stehen die überzeugten Arbeiter auf dem Boden, daß sämmtliche in einem Beruf beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen in eine Organisation gehören und auf fast allen Generalversammlungen, wo diese Zusammenkunft Alter das Statut noch nicht erlaubt, werden dementsprechende Änderungen den Statuten überlebt. Diese Stellung hat ja auch der seinerzeit in Halberstadttagende Gewerkschaftskongress angenommen, wonach es ja Pflicht aller gelehrten Arbeiter ist, ihre Hälftearbeiter und Arbeiterinnen in ihre Organisation mit aufzunehmen. Die Maurer können ja nun, wo am Ende die Zahl der Maurer, Zimmerer, Stuckateure usw. eine winzige ist, Bauarbeiter in ihre Bauläden mit aufnehmen, jedoch trifft dies für größere Bauläden nicht zu. Selbst bei Anbahnung von Kartellvereinigungen hat der Vorstand des Verbandes deutscher Maurer und Berufsgenossen verniebt, die Bauarbeiter zu den Verhandlungen mit heranzuziehen, und zwar erklärte der Vorsteher A. Damann auf dem Verbandstag nach dem Protokoll (Seite 20) wörtlich: „Von einer Annäherung der Bauarbeiter hat man aus verschiedenen Gründen abgesehen, weil jene angeblichlich material nicht im Stande sind, den Anforderungen, welche die Beschlüsse des Halberstädter Kongresses bedingen, auch nur annähernd genügen zu können.“ Im großen Ganzen trifft dieses zu. Aber, wenn dies zugegeben wird, hat man dann nicht um so mehr die Pflicht, sich seiner Hälftearbeiter anzunehmen? Die überzeugten Maurer wissen doch ganz genau, daß zur Erreichung der Verwirklichung unserer politischen Forderungen das Zusammenwirken aller Arbeiter gehört, unbestimmt darum, welchen Beruf jedes Einzelne ausgeübt. Die Gewerkschaftsbewegung ist doch eine Vorschule der politischen Arbeit, es gehört zur Errichtung seiner Arbeit

wegung, folgedessen hat man doch auch die Pflicht, der Gewerkschaftsbewegung so viel wie möglich Kräfte zu zuschicken, mit dem Bewußtsein, gleichzeitig der politischen Bewegung einen Dienst geleistet, dieselbe gefördert zu haben, weil sich erwiesen hat, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in ganz kurzer Zeit der Sozialdemokratie anschließen. Es ist also etwas ganz Selbstverständliches, daß ein jeder überzeugte Arbeiter das Verbreben hat, seine Mitarbeiter der Organisation zu zuschicken. Unbegreiflich ist es aber, förmlich befremdend kommt es einem vor, wenn jemand der mit im Vordergrund der Bewegung steht, auf Studienten der Hälftearbeiter ihnen doch in der Organisation mit weiter zu helfen, antwortet: „Helft Euch aus eigneter Kraft weiter!“

Zum Anschluß hieran wird dann gefabelt, daß in einer Versammlung zu Harburg der Maurer C. W. soll wohl unter Kollege Werner sein. Der Verfasser hätte den Namen rubig ausstreichen dürfen, gesagt habe: „Man solle doch nicht stets und stets die Hölle der Maurer beanspruchen; man solle versuchen, sich selbst zu helfen, denn eine Organisation, welche gleich die Hölle der Maurer in Anspruch nimmt, beweise, daß sie wenig Kraft besitzt.“

Diese Neuerungen ergeben nach Ansicht des Verfassers, daß die Taktik des C. W. eine vollständig verfehlte ist. Bei den Verhandlungen des Verbandsrates der Maurer habe der 1. Vorsteher erklärt, daß die Bauarbeiter noch zu schwach seien und materiell nichts leisten könnten. Das sei auch zugegeben, aber es sei die Frage wohl erlaubt, worin die Stärke einer Organisation beruhe? Der Verfasser bemerkt dazu?

Jedeballs in einer gefüllten Kasse und daß sämmtliche Kollegen im betreffenden Beruf der Organisation angehören. Zur fortwährenden Stärkung der Organisation bedarf es aber wieder einer nachhaltigen Agitation. Die Maurer haben im letzten Jahre allein M. 6955 für Agitation gebraucht; es ist dieses auch sehr erfreulich, wenn eine Organisation während einer derartigen Krise, worin wir uns momentan befinden, die Mittel, also die Kraft, durch intensive Agitation nicht allein den Stand der Mitglieder zu halten, sondern der Organisation auch in schwerer Zeit noch neue Kräfte zu zuschaffen. Die Bauarbeiter können aber nicht entfernt daran denken, eine ähnlich fortwährende Agitation zu entfalten, weil eine wesentliche Erhöhung der Beiträge, welche dies bedingen, die kraftigen Verhältnisse derselben durchaus nicht erlauben.“

Der Verfasser erwähnt, daß er in einem Vortrage am 9. März d. J. erklärt habe:

„Es müsse dem Zimmermann am Bau ganz gleichgültig sein, ob er vom Maurer oder von einem Bauarbeiter aufgerufen wird, durch Vorzeigung der Legitimation seine Zugehörigkeit zur Berufsorganisation zu dokumentieren, ebenso ungefähr. Es müsse deshalb sämmtliche Berufsorganisationen der verschiedenen Bauhandwerker und Arbeiter zur Pflicht gemacht werden, ein derartiges Vorzeigen in ihren Versammlungen zum Antrag zu erheben, dann wäre ein jeder verpflichtet, in diesem Sinne agitatorisch thätig zu sein. Es müsse immer mehr und mehr der Gedanke Platz greifen, daß man nur Bauarbeiter ist und als solcher mit allen am Bau beschäftigten Arbeitern einmütig nach jeder Richtung hin zusammen zu arbeiten habe.“

Bemängelt wird dann, daß Kollege C. W. gesagt:

„Es wäre zu tabeln, daß die Bauarbeiter des Deutschen

höheren Lohnforderungen stellen, wenn der Bau schon bis zur 2. resp. 3. Stufe vorgeschritten wäre.“

Man solle doch eine Lohnforderung offen und ehrlich stellen bei Anfang eines Baues und die etwaigen Konsequenzen dieser Forderungen dann mit Mut auf sich nehmen.“

Dann wird folgendes hinzugefügt:

„Wie jetzt ist stets die Parole ausgegeben, die Arbeiter mögen genau prüfen, ob die Zeit, eine Lohnförderung zu stellen, eine gute für sie ist, um sie zur Durchführung zu bringen. Ein jeder hat bis jetzt hierauf gehandelt. Nun soll man aber nicht den Bauarbeiter Vorwürfe machen, wenn dieselben Erhöhung ihrer Löhne fordern, nachdem der Bau schon eine gewisse Höhe erreicht hat. Besser wäre es ja natürlich, wenn die Meister resp. Bauunternehmer den Stundenlohn von vorherhin zahlten, für die Bauarbeiter den örtlichen Verhältnissen nach sich festgelegt haben, dann würde Niemand nachträglich mit einer Lohnforderung kommen. Aber es heißt im Grunde, also bei Anfang des Baues: Was scheinen uns Eure Abmachungen, wir bezahlen so und so viel, und wer hiermit nicht zufrieden ist, braucht ja hier nicht zu arbeiten. Da hört es sich sehr schön an, mit Mut und Energie Forderungen zu stellen, mit dem Bewußtsein sofort hinausgeworfen zu werden. Denn das ist klar, daß im Grunde im Beitraum ethischer Tage ein jeder, mag er einer Branche angehören, welcher er will, unter Arbeit erlernt, wenn derselbe nur die physischen Kräfte hierzu besitzt. Es kommt dem Meister garnicht darauf an, wenn die Betreesten am ersten Tage etliche Steine weniger tragen, es kommt auch nicht darauf an, wenn diese im Tragen selbst ungelingt sind, durch Fehlen der Balance des Deesters einen Wurf Steine verlieren, es wird ja Niemand damit auf den Kopf geworfen, und bis zu der Zeit, wo es gilt, Leitern zu steigen, haben sie die nötige Fertigkeit. Man hat dann noch obendrein Leute, welche zufrieden sind, sich antreiben lassen, und was die Bauarbeiter ist, keiner Organisation angehören. Würden die Bauarbeiter sich sagen können bei etwaiger Arbeits-einführung wegen Nichtzahlung des für uns festgelegten Stundenlohnes: „Wir können uns auf die Hölle der Maurer verlassen, diese arbeiten nicht mit Leuten zusammen, welche nicht den bestimmten Stundenlohn bekommen, und treten ferner dafür ein, daß sich ein jeder Bauarbeiter seiner Organisation anschließen hat“ – ja, dann wäre es etwas ganz Anderses. Unter den angeführten Umständen, aber ist es den Bauarbeitern nicht zu verargen, Lohnforderungen zu stellen, wenn sie wissen, daß nicht so rasch Erfolg für sie geschaffen werden kann. Der Bauarbeiter ist dann schon mehr gelernter Arbeiter, es gehört zur Errichtung seiner Arbeit

eine gewisse Geschäftlichkeit, Gewandtheit und was die Haushalte in der Arbeit bedingen, die physische Kraft. Aber man soll nicht dieses Vorgerüste löschen, vielleicht aus dem Grunde, daß die übrigen am Bau beschäftigten Arbeiter hierdurch in Mitteldiensthaft gezogen werden. Gerade hierbei könnten ja die Mauren erklären, wir verlangen noch wie vor unserer Epoche, so lämen sich ihre Hälfswerke indirekt zu Hülfe. Stellt man sich aber auf den Standpunkt, bei Erringung höheren Lohnes keinen anderen Arbeiter indirekt zu schädigen, so giebt es und darf es keine Lohnkämpfe mehr geben."

Alle diese Ausführungen sind für den Proct, den der Verfasser in's Auge gefaßt, als er seinem Artikel die Überschrift gab: "Wie soll die Organisation bestimmen sein?" ziemlich überflüssig; sie geben auf die gestellte Frage keine Antwort. Nach dem ersten Theile der Ausführungen zu urtheilen, wünscht der Verfasser die Aufnahme der Hüllsarbeiter in die Organisation der Mauerer. Weßhalb es bis dahin nicht möglich war, diesem sonst so geäußerten Wunsche zu entsprechen, ist schon des Deterior aus unseren Kongressen und in diesem Blatte auskundegemacht worden. Der Wunsch an sich erträgt unter Kreis keine Aufteilung. Wohl aber sind die Verhältnisse, welche dabei in Betracht kommen, gewissenhaft zu erwägen. Und das steht in erster Linie nicht sowohl der niedere Lohn, als die Thatatsache, daß die Hüllsarbeiterchaft sich zum großen Theile zusammensetzt aus Elementen, die um destwillen kein Interesse an der Organisation haben, weil die Hüllsarbeit am Bau für sie nur eine vorübergehende, oft nur eine gelegentliche ist, weil sie genöthigt sind, oft von einer Gelegenheitsarbeit zur anderen überzugehen. Es ist nur ein verhältnismäßig kleiner Stamm von gewerblichen Hüllsarbeitern, welche das Material tragen etc. am Bau als dauernde, berufliche

Darin vor Allem liegt die Ursache der Schwäche, der für diese Arbeiter geschaffenen Organisation, was der Besitzer ganz zu übersehen scheint. Er überseht, weiter, daß wenn die Hüttsarbeiter die Unterstützung der Maurer in Anspruch nehmen, sie auch verpflichtet wären, in allen Städten mit denselben solidarisch vorzugehen. In welchem Maße das nicht gleichliefert, lassen die Ausführungen des Besitzers erkennen. Während die Maurer möglichst vor Beginn des Baues ihre Abmachungen, betreffend die Arbeitsbedingungen, treffen, martern die Hüttsarbeiter mit Erhebung ihrer Forderungen, bis sie, entsprechend dem Fortschreiten des Baues, glauben, nun sei für sie der günstige Augenblick gekommen. Dass da zwischen ihnen und den obigen am Bau beschäftigten Arbeitern eine Interessen-Kollision zu Stande kommt, ist doch offenbar. Derartige Kollisionen sind nicht so ohne Weiteres durch Berücksichtigung auf die Solidarität aus der Welt geschafft. Um sie zu verhindern, ist notwendig, daß von vornherein ein allgemeiner Bau beschäftigten Gruppen gemeinsam und solidarisch zwischen Feststellung der Arbeitsbedingungen vorgehen. Daraus sollte hingewirkt werden. Und unser Kollege Weniger hat ganz Recht, wenn er tadelt, daß seitens der Hüttsarbeiter oft in der gefälschten Weise verfahren wird. Es ist ja recht brauen, immer wieder mit der alten, schon so oft gehörten, Behauptung aufzutreten: "Wir können uns nicht auf die Hütte der Maurer verlassen." Aber gerade jetzt erscheint das, wenn man die maßgebenden Verhältnisse genau berücksichtigt, nicht. Grundlos jeder-organisierten Arbeitergruppe muß sein, bei ihrem Vorgehen andere Gruppen möglichst nicht in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Bemerkung, wenn man sich auf den Standpunkt stelle, im Lohnkampfe seien andere Arbeiter indirekt zu schädigen, so darf es keine Lohnkämpfe mehr geben, hat gar keinen praktischen Werth. Richtiger ist jedenfalls der von uns aufgestellte Grundsatz: Wir vermögen nicht einzusehen, was es für Vortheile mit sich bringt, wenn jetzt die Hüttsarbeiter im Interesse der Maurer, und bald darauf die Maurer im Interesse der Hüttsarbeiter arbeitslos sind. In ganz besonderen Fällen wird das wohl nicht vermieden werden können. Aber in der Regel kann sehr wohl gleichzeitig die gemeinsame Regelung der Arbeitsbedingungen vorgenommen werden. Die eventuelle Hälfte der Maurer wird dann viel wissamer sein, als wenn, nachdem der Bau bis zur 2. oder 3. Etage gefördert ist, die Hüttsarbeiter mit ihren Forderungen austreten und nur von den Maurern verlangen, was Herr C. L. in seinem Urteil aussetzt. Das ist, als Regel genommen, unverdurchführbar.

Situationsberichte.

Wauter.

Hamburg. Am 3 November fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zollstelle des Centralverbandes der Maurer statt. Vor. Eintritt in die Tagesordnung wurden die Herren Scherberg, Mußbach, Rehde und Marwede als Kontrollen gewählt. Zum ersten Punkt sprach Stanigk über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und deren Einwirken auf die Kultur. Redner wies durch Zahlen und Beispiele nach, daß die Entmündigung der Technik einerseits, andererseits die Ausbeutung durch die Unternehmer die Grundstübel der Arbeitslosigkeit sind, und welcher nur durch Verbesserung der Arbeitszeit abgehoben werden kann. Um dieses zu erreichen, sei eine starke Organisation notwendig, zu deren Festigung jeder Genossen beitragen müsse. Schwarz bemerkte, daß er zu den Ausführungen Stanigls nichts hinzufügen könne. Die Mitglieder dürften bei den schlechten Geschäftstagen nicht den Mut verlieren, sondern sich zur Organisation halten. Wenngleich eins unserer Mitglieder in einer öffentlichen Versammlung im "Vittergarten" die Gewerkschaftsbewegung für null und nichtig erklärt hat, so dürfte man auf eine beträchtliche Neuerung sein Gewicht legen. An jedem einzelnen Mitgliede siege die Verpflichtung, jeden Maurer, soweit ihm der Beitritt gestattet, zur Organisation anzuhalten. Zum dritten Punkt machte Schwarz auf das Regulativ über

Rechtschutz aufmerksam. Die betreffenden Mitglieder, welche in Rechtsänderungsgelegenheiten einen Vorwurf verangten, wünschten wohl das Bureau zu finden, „nachdem sie sich aber keiner wieder seien Lorenz“ bemerkten, einen Rechtschutznachdruck durch Unterschriften eines Vorwurfs zu verhindern; bei gewonnener Klage den gefeierten Vorwurf zurückzuverstellen und das Urteil des Bewergerichts auf jeden Fall einzufinden. Zum dritten Punkt berichtete Schwarz, daß die Verwaltung lang beklagt der letzten Versammlung Anstoß genommen habe, eine Eingabe an die Landesdeputation, betreffend bessere Regelung der Arbeitszeit an der Filtration auf Kaffee, zu richten. Die Klagen der Arbeitskolonie meinten sich, doch sei die Verwaltung nicht im Stande, irgend welche Stellung hierzu zu nehmen. Es folgte hierauf Schluß der Versammlung.

Altona. Am Dienstag, den 1. November, tagte die ordentliche Mitgliederversammlung der Zahnfests-Altona des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen in Ruhleben's Etablissements mit der Tagesordnung: "Die Ursache der Arbeitslosigkeit und ihre Einwirkung auf die Kultur." Referent Dr. Staning. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von Sternberg ein Geschäftisordnungsantrag eingereicht, den ersten Punkt von der Tagesordnung abzulegen, weil die Versammlung so schlecht besucht sei, und es den Referenten unangenehm berühren müsse, vor einer so schlecht besuchten Versammlung sein wichtiges Thema zu predigen; ferner wurde beantragt, dieselbe Tagesordnung in der nächsten Versammlung wieder auf die Tagesordnung zu legen. Die Anträge wurden, nachdem Staning sich bereit erklärte, ein anderes Mal wieder zu kommen, angenommen. Ein zweiter Punkt der Tagesordnung machte der Bevollmächtigte Gleiß darauf aufmerksam, dass der Botschaft über das Polnische "Polskie" vom Gewerkschaftsrat noch nicht auf-

Die Anträge vom Gewerkschaftsversammlung waren nach abgehn setzt und das am Kaiserlichen die Protolle vom ersten Verbandstag zu haben seien. Hierauf verlas der selige Einiges aus der „Baugewerkszeitung“ vom 21. Februar 1870 des norddeutschen Baugewerbevereins, welcher am 14., 15. und 16. August in Altona im „Bürgergarten“ abgehalten wurde. Aus dem Bericht ist besonders hervorzuheben, daß das Bestreben der Innungen, meister hauptsächlich darnach angelangt ist, die Rechte des § 100 e für sich zu gewinnen, dann Innungsfräulein zu errichten und vor allen Dingen die geistige Einführung des Beauftragungsnachweises zu erringen. Stating liegt dann klar, daß das Bestreben der Innungen nur darauf gerichtet sei, für sich den größtmöglichen Vortheil herauszuholgen, und wenn von Uebersee e-Hamburg gesagt sei, die Innungen hätten viel gewirkt und Lehrlinge ordnungsmäßig ausgebildet, so müsse es doch richtig heißen: „Lehrlinge ordnungsmäßig ausgebildet“. Die Baumaiermeister Innungsmäster hätten in vieler Weise angenommen, daß sie dieselben nicht alle beschäftigen könnten und zur weiteren Ausbildung an Nichtinnungsmäster übergeben haben. Wenn der Delegierte aus Bremen sagte, der Gesellenausschuß arbeite zur Zufriedenheit der Innung, so sei dieses nicht zu bezweifeln; wenn man das aufzuhören komme desselben keine. Die 491 Baugewerbs-Innungsmäster Hamburgs haben es nicht verhindern können, daß solche erbärmliche, für jede Sehne einen verzagliichen Nährboden abgebende Wohnungsverhältnisse in Hamburg entstehen, wie die jüngst herrschende Cholera sie aufgedeckt hat. Unsere Ausgabe müsse es sein, darauf hinzuweisen, daß solche vor hundert Jahren abgethanen Bekrebungen nicht wieder in's Leben zurückgerufen werden. Die Innungen seien gewiß nicht daran angelangt, das Handwerk zu haben, nur für sich wollen sie Privilegien schaffen und sonst nichts. Von dem Zeitpunkt an, wo die erste Maschine erfunden war, war der Untergang des Handwerks besiegelt. Sie wollen über den Arbeiter ganz und gar verfügen und von sich abhängig machen, wer dieses nicht will, müsse mit uns für die Gewerkschaftsbewegung einfreien und ihr zum Siege verhelfen. Theodor führte noch an, daß die Altonaer Bauginnungsmäster 242 Lehrlings habe, einige Meister haben 12 bis 17, es haben aber auch verschiedene keine Arbeit für ihre Lehrlinge und müssen nur die Angehörigen leben, wie sie ihre Söhne anderweitig unterbringen, um sie weiter in ihrem Handwerk auszubilden zu lassen. Die Einsichtsbegehrung in die Innung beträgt M. 60. Redner stützte ferner an, daß das Hülfsschlafengesetz verbietet, jemanden in eine Innungssl. anseufasse hineinzuliefern, wenn derselbe schon Mitglied einer freien Hülfsschlafenges. ist. Der Bewohnmächtigte schrie nun noch an, daß die Vogtindien in ihrer letzten Versammlung beschlossen entgegen dem Kartellbeschlüsse, den Boukott über das Votat „Velle Alliance“ aufzuheben, und schloß dann die Berammlung.

Wandsbeck. Am 1. d. M. tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Wandsbeck, mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Delegirten vom Gewerkschaftskartell, 2. Interne Angelegenheiten, 3. Fragestunden. Nachdem berichtet, daß das Kartell beschlossen habe, am Sonntag, den 6. d. M., eine Arbeitsstellenstiftung aufzugeben und die Zahlstelle zirka 20 Personen zur Vornahme dieser Angelegenheit zu wählen habe, wurde beschlossen, von einem weiteren Bericht abzustehen. Hierauf wurde die Wahl vorgenommen und einige nothwendige Angelegenheiten erledigt. Im Interesse einer im „Schwarzen Bären“ tagenden öffentlichen Volksversammlung wurde sodann die Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 15. November, Abends 8 Uhr, im Hotel des Herrn Sternberg, Lübeckerstr. 55, statt.

ung, doch, wenn Kollege Seeländer überzeuglich
war, bei der Erstellung, welche den Posten weiter
wollte, womit die Verhandlung sich einverstanden er-
te. Hierauf wurde Kollege Berlow einstimmig
zu Bevollmächtigten und Kollege Bäumer zum
stellvertreter gewählt. Ferner wurde eine statliche
Summe für das laufende Jahr gewählt und zwar
für Kollegen Warinde, Ehren und Winter. Im
verschiedenen nahm der Bevollmächtigte in herzlichen
tern Abschied von der Versammlung. Nach Schluss
der Versammlung verblieben die Kollegen zu Ehren des
bevollmächtigten noch bis Mitternacht in
einer stürmischen Stimmung verblieben.

Ludwigskirche. Am Sonntag, den 30. Oktober, schmückt 4 Uhr, stand im Lokale des Herrn Boby die diesjährige Hauptversammlung der Vereinigung der Maurer Ludwigskirche und Umgegend statt. Die alljährliche Versammlung wurde vom Vorstande einberufen. Der 1. Punkt der Tagesordnung war: Kassenabschluß und Vorstandswahl. Die Abrechnung wurde von dem Kassier verlesen und, da von den Revidoren gegen den Kassier keine Beschwerde erhoben war, und die Aufführung in bester Ordnung sich befand, von der Versammlung genehmigt und dem Kassier Decharge erteilt. Sodann wurde der alte Vorstand einstimmig wieder gewählt. Der Vorstand dankte der Versammlung für das gehörige Vertrauen, rügte jedoch die schlechte Betheiligung an den Versammlungen des Vereins. Es sei eine rege Agitation zu entfalten, damit wir uns dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anschließen könnten. Eine Kommission wurde gewählt, — gegen die heilige Eintrittskostenkasse der Maurer vorgehen soll, indem die nach den Statuten vorgesehenen Generalversammlungen schon im Februar 1891 abgehalten werden müssen, bisher aber noch nicht aufgetreten sind. Besprochen wurde noch, daß die

meister, in derselben Tage, ja noch etwas späteren
befanden, indem ein Innungsmeister das Drittel der
Beiträge, welches er verpflichtet ist, zu bezahlen, den Ge-
genen vom Lohn abgezogen hat. Er weigerte sich auch
Beiträge ferner einzuzahlen, und wurde hierauf von der
Behörde in Strafe gezwungen, worauf er ge-
schert haben soll, sie die Behörde zwingen sie, die
Meister, daß Sozialdemokraten zu werden. Das würde
würde kein Unglück für die Meister sein. D. Red.) Ma-
uer wurde beschlossen, die Reiseunterstützung wieder zu
wählen von 50,- in Marken an solche Maurer, die
bei Monate einer Maurerorganisation angehört haben.
Die Maurer werden vom Richter H. Dahlow, Berg-
straße 21, vom 1. Dezember bis 28. Februar 1893 ver-
folgt. Eine Vereinbarkeit soll am 14. November
im Totale des Herrn Straße stattfinden. Hierauf werden
die Versammlung geschlossen. Am Montag Mittag wurde
im Vortheile ihres mitgetheilt, daß unsere Kranken-
kasse viel schwächer da steht, als wir uns dachten. Wir
sehen jetzt vor der Alternative, entweder erhöhte Beiträ-
äge, zu zahlen, vermindernde Leistung der Kasse oder
Ausschaltung derselben, wofür sich auch schon von den
anderen Innungsmäistern (der dritte Meister war bis
jetzt noch nicht in der Innung) entschieden hat, wenn
entschlossen werden sollte, die Beiträge zu erhöhen. Hier-
auf wurde dem Buchführer der Innungstrantchen er-
sahrt, daß die Mehrzahl der Maurer mit diesem Innungs-
meister übereinstimme und für Ausschaltung des ganzen
Innungstempels sei; denn wenn der eine Innungs-
meister wegen erhöhter Beiträge austritt und der dritte
nicht beitreten wolle, dies das ganze Innungswesen fern-

Berlin. Eine Mitgliederversammlung des Unterrichtungsvereins der Maurer im Westen Berlins tagte am Montag, den 3. Oktober, Abends 8½ Uhr, im "Könighof", Bülowstraße 37. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassier die Abrechnung vom Quartal 1892; dieselbe wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und dem Kassier Decharge ertheilt. Zum zweiten Punkt fand die Wahl des gekommenen Vorstandes statt und wurden folgende Kollegen hierzu gewählt: als erster Vorstehender Maciejewsky, Steinmeierg. 44; als zweiter Kassier G. Bend, Steinmeierg. 44; als dritter Schriftführer C. Bause, Neue Wintersfeldstr. 4; als zweiter Vorstehender H. Silber Schmidt, Hauptstraße 4; als zweiter Kassier G. Hempel, Steinstraße 14; als zweiter Schriftführer Röhl, Culmstraße 25; als Revisor wurde der Kollege Bause, Steinmeierg. 35, für den Kollegen Seelich gewählt. Im dritten Punkt, "Beschließen", wurden zuerst die Abrechnungen vom Sommernachschall und vom fünfzigjährigen Stiftungsfest erledigt, und wurden dieselben der Versammlung bis auf kleine Differenzen als richtig bestätigt. Weiter stellte Kollege Silber Schmidt den Antrag, daß der Kassier vom nächsten Sonnabend, d. 18. Oktober, ab H. Werner, Bülowstr. 159, kassieren soll, welches angenommen wurde. Zum Schlus machte der Vorsitzende, Kollege Bülowmeyer, noch bekannt, daß die nächste Versammlung am Montag, den 9. Januar 1893 im "Könighof" stattfindet; darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Die Bahnhofstelle Berlin II des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands e. V. hielt am 2. d. J. eine ordentliche Mitgliederversammlung bei Schäfers Hof, Inselfstraße 10, ab, in welcher Herr Wolter über „Die soziale Frage“ referierte. Derselbe führte in seinem Reden und mit Beifall aufgenommenen Vortrag ungestopft fortwährend aus: Die soziale Frage habe bereits in all den Böderüllungen geschaffener Platz gegenwärtig, um mehrere wissenschaftlich die Arbeiter an derselben interessirt, da die unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen das Kapital sämmtliche Produktionsmittel sich angeeignet habe, nicht mehr in Stande wären, ihren Besitzern den Staat und der Kommune gegenüber nachzuliefern. Redner führte einige Beispiele an, um zu zeigen, daß Millionen in unproduktive Arbeit gestellt werden. arbeite man unter Anderem an der Erfindung eines Geschosses, welches die stärksten Panzerplatten, die jetzt existiren, durchschlagen soll. Was wird aber Resultat dieser Erfindung sein, wenn dieselbe gelingt? Dass man sich sofort daran macht, Panzerplatten her-

stellen, die das Geschäft nicht zu durchschlagen im Stande ist, und so ließen sich noch viele Beispiele anführen, diese mögliche aber schon genügen. Eine Änderung wird erst dann geschehen, wenn die Produktionsmittel der Gesamtheit gehören. Um dies aber herbeizuführen, müssen sich die Arbeiter fest zusammenschließen, sich organisieren, nicht nur national, sondern international; erst dann repräsentieren sie eine Macht, die dem Kapital mit Erfolg entgegentreten kann. Zum Schluß empfahl Redner die sogenannte Zentralisation, die Vorteile derselben noch besonders hervorhebend. Von der Diskussion wurde auf Antrag des Hamburger Ablasses genommen. Im "Beschiedenen" wurde ein Antrag Schigolts, den Hälftekassen im Norden, Oder-Schülz, von seinem Posten abzubinden, angenommen, und wurde an dessen Stelle der Kollege Erich Schulz, Invalidenstraße 92, bei König, gemäßt; derselbe kassiert ebenfalls in der bekannten Kästekette: Kaufmann-Allee 35, bei Striklowski. Nachdem er erst noch bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 20. November, eine öffentliche Maurerversammlung stattfindet, in der ein Delegierter vom Parteitag referieren wird, erfolgte Schluß der Versammlung.

Cöslin. Am 30. Oktober tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Kästekette Cöslin. Der Bevollmächtigte eröffnete die Versammlung und sprach bei Vertheilung der neuen statistischen Bücher sein Bedauern darüber aus, daß die Kollegen es nicht der Mithilfe wert gehalten, die ihnen eingehändelten Bücher zu dem Zweck benutzt zu haben, wozu dieselben bestimmt waren. In dem Geschäftsjahr 1890/91 hätten sich 29 Kollegen an der Statistik beteiligt; dagegen haben in diesem Geschäftsjahr nur 28 Kollegen die vom Vorstand ausgesetzten Bücher eingezogen und ausgefüllt zurückgegeben. Die vom Kassirer verlesene Abrechnung vom ersten Quartal zweites Geschäftsjahr, wurde, da dieselbe von den Revisoren revidirt, als richtig von der Versammlung anerkannt und, dem Kassirer Entlastung erteilt. Durch Einziehung der Beiträge stand dieser Punkt der Tagesordnung seine Erledigung. Im "Beschiedenen" wurden zwei Anträge eingebrochen, erster das Werk "Die deutsche Revolution" in einen Band einzufassen und zweitens, Bücher für die Bibliothek, die Jubiläums- und Unfallgesetze, sowie die "Gewerbeordnung" anzufüllen, damit den Kollegen Gelegenheit gegeben wird, sich mehr mit solchen Sachen vertraut zu machen; beide Anträge wurden von der Versammlung angenommen und der Bibliothekar mit der Ausführung derselben beauftragt. Nach Vertheilung der Protokolle des ersten Verbandsstages wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Düsseldorf. Am 30. Oktober tagte eine Mitgliederversammlung unserer Kästekette. Im ersten Punkt wurden die Kästengeschäfte erledigt und zwei Mitglieder aufgenommen. Zum zweiten Punkt, "Unser Organisation und deren Bedeutung", referierte Kollege Paul aus Eberfeld. Derselbe wies darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung wohl eine große Bedeutung habe, da sich die Industriellen immer mehr in Kartelle und Ringe zusammen schließen, um die Arbeiterorganisationen zu sprengen und die Führer einer Bewegung durch schwarze Bitten und sonstige schmutzige Mittel zu manageln, und somit ihre wirtschaftliche Macht zu verlängern suchen. Redner wies ferner nach, daß bei einer guten Organisation ein guter Arbeitsnachweis geführt werden müsse und daß wir mit demselben den willkürlichen Handlungen einzelner Unternehmer Einhalt gebieten könnten. Jeder Kollege könne, bevor er die Arbeit aufnehme, sich im Arbeitsnachweis erläutern, wie es in dem betreffenden Geschäft steht, ob der Unternehmer eine Verpflichtung gegen die Gesellen im Sinne der Organisation erfüllt habe oder nicht, jeder Kollege könne dann gewarnt und vor Schaden schützen werden. Ferner müsse in einer starken Organisation ein geregeltes Herbergswesen eingerichtet werden, um dadurch den reisenden Kollegen eine passende körperliche und geistige Ruhe zu Theil werden zu lassen. Sie werden dadurch den christlichen und sonstigen Heiligen entzogen und eine Arbeiter-Literatur vor Augen geführt bekommen, durch welche die jüngeren Kollegen ihre Lage leichter erkennen und sich als zielbewußte Arbeiter der Organisation anschließen werden. Weiterhin konstatierte der Redner, daß gerade die Bauarbeiter, trotz ihrer schweren und langen Arbeitszeit, nicht einmal eine menschliche Wohnung hätten; mindestens 80 Prozent müßten mit Dach- und sonstigen verstecken, den sanitären Vorschriften nicht genügenden Wohnungen vorliegen, weil der Verdienst nicht groß genug ist, um eine anständige bezahlen zu können. Diese Nebelstände könnten nur durch starke Organisationen mit denen wir den Kampf gegen das Kapital wagen können, bestätigt werden. Zum Schluß ermahnte der Referent, wie möchten bei allen diesen Punkten das Endziel nicht vergessen: Die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse aus den Fesseln der heutigen Produktionsweise. Nachdem der Bevollmächtigte alle Nichtmitglieder aufgefordert hatte, dem Verband beizutreten, wurde folgende Resolution angenommen: "Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sie ist aber der Ansicht, daß die Agitation zu schwach betrieben wird, und eracht daher den Generalbevollmächtigten, einen Rheinisch-Westfälischen Delegientag bis zum nächsten Februar einzuberufen." Nach Erledigung einiger brüderlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung erledigt, sich in diesem Jahre besser an der Statistik zu beteiligen, da der Wert derselben ein sehr großer ist und wir nicht wieder das Recht auf Verzeichnungen haben, daß nur sieben Mitglieder ihre Statistikblätter ausgefüllt hätten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Am Dienstag, den 1. November, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Nachdem der Schriftführer das Protokoll verlesen, ließ sich ein Mitglied in den Verband aufnehmen. Sobald wurde über einen Antrag des Kassiers auf Gehalts erhöhung abgestimmt und wurde in Abwehr, daß der Kassier ziemlich mit Arbeit in Anspruch genommen ist, demselben eine Verbesserung seines Gehalts um M. 20 das Jahr bewilligt, zugleich wurden der zweite Bevollmächtigte und

zweite Kassirer, welche bis jetzt noch unbesoldet waren, je mit M. 10 pro Jahr bedacht. Der zweite Bevollmächtigte, welcher in der letzten Zeit sich nicht in den Versammlungen sehen ließ, wurde abgelöst und an dessen Stelle das Mitglied H. Luca hat gewählt. Ferner wurde beschlossen, die zweite Versammlung im Monat ausfallen zu lassen, weil doch diese Versammlung nie ordentlich befreit wird. Im "Beschiedenen" wurde über unsern Kolporteur stark gestritten, indem er eine Menge Mitgliedern den "Grundstein", nicht gebracht hat; es wurde allgemein gewünscht, eine Änderung hierin einzutragen zu lassen. Beschlossen wurde, daß jedes Mitglied pro Vierteljahr 10 M. Botenkosten bezahlt. Der alte Kolporteur will fernherin den Posten nicht mehr haben und wurde daher das Mitglied F. Dr. als Kolporteur gewählt; selbiger verspricht sich, vorsichtig das Organ an die Mitglieder zu verabreichen. Vom Kassirer wurden die Namen der Mitglieder verlesen, welche noch mehrere Monate Beiträge schulden. Die Mitglieder, welche mit diesen Kollegen zusammen arbeiten, werden erachtet, die Beiträge anzuhalten, daß sie ihren Pflichten ebenso folgen kommen wie jedes andere Mitglied. Nachdem noch kleine innere Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte Schluß.

Bauhandwerker. Oberhausen. Am 30. Oktober fand hier im Saale des Herrn Valentins Winter eine öffentliche, überaus gut besuchte Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Kollege Paul aus Hannover über "Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung, für den Kästekampf des Proletariats" einen vorrichtlichen Vortrag hielt. Zuerst kam Redner auf die Arbeiterorganisation im Allgemeinen zu sprechen und führte aus, daß es noch viele Arbeiter gäbe, die noch nicht einer Organisation angehören und es auch für ungünstig und für zwecklos halten, derselben beizutreten. Er erklärte nun, daß solches sehr unrichtig sei und daß eine Organisation für den Arbeitnehmer von großem Nutzen sei. Eine Diskussion über den Vortrag stand nicht statt. Nach einem Schlußwort des Kollegen Paul, in welchem er zum Anschluß an die Organisation ermahnte, wurde die Versammlung geschlossen. Sämtliche Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Satow. Am Sonntag, den 30. Oktober, tagte hier im Schröder'schen Lokale eine von dem Kollegen Sävert einberufene öffentliche Bauhandwerkerversammlung mit der Tagesordnung: Der Centralverband der Maurer Deutschlands und sein Nutzen für die Maurer. Kollege Sävert erklärte die Veraplannung, ein Bureau zu wählen, welches folgendes Resultat ergab: J. H. Sävert, Vorsitzender, H. Penk, Stellvertreter, und F. Schmidt, Schriftführer. Alsdann nahm der Vorsitzende, Kollege Sävert, das Wort und führte in fast einstündiger Rede den Zweck und die Ziele des Verbandes der Kollegen vor. Zunächst hatte, daß 17 Kollegen in die ausgelegten Listen sich einzuhändigen, um dem Verband beizutreten. Die dann sofort vorgetragene Wahl der örtlichen Verwaltung ergab folgendes Resultat: J. H. Sävert, Bevollmächtigter, H. Penk, Stellvertreter, J. H. Wulff, Kassirer, F. Schmidt, Stellvertreter und C. Langschwage, Schriftführer. Nachdem die Aufnahme der Mitglieder vollzogen war, wurde die Veraplannung mit einem Hoch und den Verband geschlossen. Die nächste Mitgliederversammlung findet statt am Sonntag, den 13. November, Abends 7½ Uhr.

Görlitz. Am 1. November, Abends 9 Uhr, wurde hier eine öffentliche Versammlung aller Gewerkschaften in der "Reichshalle" abgehalten, in welcher Herr Bringmann aus Hamburg über folgende Tagesordnung referierte: "Der Arbeiter im Kampf um's Dasein und welche Mittel führen ihn zum Siege." Redner führte nun zunächst an, daß jedes Leben einen Kampf um's Dasein führen muß und nach den Gesetzen der Natur das Recht auf Erfolg hat; würden die Arbeiter keinen Kampf führen, so würden sie der bestehenden Klasse den Raum einräumen, besser zu leben, wie die Arbeiter, also Diejenigen, welche alle Werthe schaffen. Redner führte hierauf einige Punkte über den Entwicklungsgang Deutschlands im Mittelalter, Leibesgericht und Hörgerecht betreffend an. In jener Zeit erworb der Adel durch Raub und Betrug sich Recht und Macht und nahm dadurch als Vortheile im Kampf um's Dasein für sich in Anspruch. Wenn der Arbeiter heute nur zu diesem oder jenem Mittel greife, um im Kampf um's Dasein Sieger zu bleiben, will ihm die bestehende Klasse dieses verargen. Die heutige bestehende Klassefrage nicht darnach, ob es den Arbeiter gut geht oder nicht. Es habe immer zwei Klassen gegeben, eine ausgeübende und eine ausbeuternde. Gegenüber unterschieden man Lohnarbeiter und Sklaven. Letztere mußten aber gefeuert werden, und da Kaufen bekanntlich die höchste Stelle des Kapitalisten ist, schaffte man diese ab und machte dafür den Lohnarbeiter. Der Kampf, der gegenwärtig von den Arbeitern geführt werde, der Kästekampf, müsse viel schärfer geführt werden; wie die Gegenföhrer, so der Kampf. Die Frage, ob dem Kästekampf der Boden entzogen werden könne, sei dahin zu beantworten, daß dies möglich sei durch die Umgestaltung der Produktionsweise, dieses sei die Hauptaufgabe der heutigen Arbeiterschaft. Der Kapitalist will das heutige Recht noch recht lange erhalten wissen und betrachte dieses als den Ausdruck der Vernunft. Aber die heutige Gesellschaft werde der kommunistischen Gesellschaft räumen müssen. Um das heutige System aufzusäubern, gesteht es, die politische Macht in die Hände zu bekommen. Woß geben es noch einzelne Zweifler, aber die wahre Erkenntnis bringt uns über alle Zweifel hinweg. Die Arbeiterschaft müsse es als den Ausdruck der wahren Vernunft und als ihr Recht betrachten, ein System, welches die Arbeiterschaft degenerat, abzuschaffen. Wir hätten kein Interesse daran, dieses System aufrecht zu erhalten, der Bruch kann heute, morgen oder später eintreten, jedenfalls hätten wir die Pflicht, die Wege zur Abschaffung dieses Systems zu ebnen. Wenn auch heute die Masse dieses noch nicht erlangt habe, so würde doch die Macht der Verhältnisse auch diese zur Erkenntnis bringen. Der Kampf sei auf allen Gebieten, auf dem

politischen sowohl wie auch auf dem gewerkschaftlichen, aufzunehmen. Wir hätten die Pflicht, unsere Nachkommen zu schützen, um nicht den Fluch unserer Kinder auf uns zu laden, und mit allen Kräften dazu beitragen zu helfen, um für uns und unsere Kinder ein besseres Dasein zu schaffen. Nachdem noch ein Antrag, eine Centralberatungsstätte zu schaffen, angenommen, wurde die von mehr als 1000 Personen besuchte Versammlung vom Vorsitzenden Abends 11½ Uhr geschlossen.

Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

An die Bevollmächtigten der Zweigvereine der Centralorganisationen.

Es sind wiederholte Meldungen über Streiks an uns gelangt, die nicht genügend beglaubigt waren. Wir erklären uns bereit, die Meldungen von Streiks durch ein Bißular direkt an alle deutschen Arbeiterblätter zu machen, müssen hieran aber die Bedingung knüpfen, daß diese Streikmeldungen:

1. An dem Tage, an welchem die Arbeiter in den Ausland treten, oder aber noch früher gemacht werden. Wenn diese Meldungen erst in einzelnen Arbeiterblättern gebracht worden sind, so gehen sie von hier aus in einigen Tagen auch in die gesammelte Tagespresse über. Eine direkte Berichterstattung ist deshalb unsererseits nicht mehr notwendig. Wird die Meldung von hier aus bestellt, so kommt sie an einem Tage in die Tagesblätter, da uns die Adressen und auch Einrichtungen zur Verfügung stehen, um dies veranlassen zu können.
2. Die Streikmeldungen müssen entweder mit dem Stempel des Zweigvereins versehen oder von mehreren Mitgliedern der Ortsverwaltung unterzeichnet sein.

Dreijemigen Bißvereine oder Sozialkommissionen, welche die Berichterstattung über Streiks in dieser Weise ausführen wissen wollen, bitten wir, diese beiden Bedingungen zu erfüllen. Meldungen, bei denen dies nicht geschiehen, können von uns per Bißular nicht weiter befördert werden. Die Mitteilungen sind an die untenstehende Adresse zu senden.

Die Generalkommission.
C. Legien,
Hamburg, B.-B.-R., Wilhelmstr. 13, 1. Et.

Situationsbericht.

In Bremen fanden die Arbeiter der Meyer'schen Schuhfabrik zum Ausstand, weil ein Kollege, der für die Interessen der Arbeiter eingetreten war, gemahngestellt wurde. Der Ausstand ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

In Wilhelmshaven streiten die Schuhmacher. Sie verlangen zehnstündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von M. 16. Bei Gewährung von Kost und Logis sollte ein Lohn von M. 7 pro Woche gezahlt, ferner in allen Werkstätten eine Werkstattordnung eingeführt werden. Auch dieser Ausstand ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Arbeitgeber bewilligten die zehnstündige Arbeitszeit und eine zehn bis zwölfprozentige Lohnherabholung.

In Berlin streiten die Töpfer, weil sie nicht in Bauten arbeiten wollen, in denen die Fenster nicht verglast sind. Es sind circa 460 Arbeiter in den Ausstand getreten und wird es den Töpfern schwer fallen, die Unterhaltungsgelder in eigenen Gewerbe aufzubringen.

Adresse: R. Oppen, Berlin C, Gipsstraße 3, im Restaurant.

Die Generalkommission.
In der Zeit von 22. September bis 4. November 1892 sind bei der Generalkommission eingegangen: M. 2267,48.

Literarisches.

"Sozialpolitisches Centralblatt" (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von J. Guttentag in Berlin). Jeder Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 M. Erschienen ist Nr. 6, 2. Jahrgang.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, F. H. W. Dieß Verlag) ist jedoch das 6. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor:

Die Vernunft der Übermensch. — Erwerbs- und Wirtschaftsgenosenschaften. — Arbeiterschaft in Australien. Von Max Schippel. (Fortsetzung.) — Russisch-jüdische Arbeiter über die Judenfrage. Von F. Ignatoff. — Notizen: Zur "Kritik" der Freien Volksbühne. Von Franz Mehring. — Feuilleton: Kunde von Nirgendwo. Einiges Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris. (Fortsetzung.)

Von der "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterrinnen (Stuttgart, F. H. W. Dieß Verlag) ist aus dem 22. des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor:

Sie haben Furcht. — Parteidag der deutschen Sozialdemokratie. — Die Zentralkranken- und Begegnungsstätte für Frauen und Mädchen — Hungerhöhle für Frauenarbeit in Schlesien. II. (Schluß.) — Anita Garibaldi. Von Clara Stodlanger-Altenhof. — Feuilleton: Am Nordpol. Nach dem Englischen von P. Ollivier. (Fortsetzung.) — Ein Berg (Gedicht). — Arbeiterrinnen-Bewegung. — Kleine Notizen.

Die "Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 M. durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564 a), beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beigabe 55 M.; unter Kreuzband 85 M. Interatenpreis die zweigepaßte Petitzelle 20 M.

Briefkasten.

* Der diesmaligen Sendung des "Grundstein" liegt für die Bevollmächtigten resp. Vertrauensmänner die Nr. 25 des "Correspondenzblattes" der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei.

Die Expedition des "Grundstein".

Der Grundstein.

Oberhausen, A. Dass das eine Exemplar in besonderem Kreisband vertrieben wird, gleichlich der Postexpedition halber; wir müssten, wenn wir das eine Exemplar mit den anderen in einem Kreisband verleihen wollten, 20 Pfennige Porto ausgeben, während wir so mit 18 Pfennigen auskommen.

Bülow, H. Wenden Sie sich an eine größere Buchhandlung in Mofot.

Elberfeld, K. Seit in der vorigen Nummer haben wir die Schriftsteller darauf hingewiesen, daß alle Berichte für die demnächst erscheinende Nummer wünschens am Montag Mittag in unseren Händen sein müssen; vielleicht ist sie nicht mehr zur Aufnahme gelangen können. Sie haben diese Mahnung nicht beachtet, sondern Ihren Brief mit dem Bericht erst am Montag Abend zwischen 4 und 5 Uhr zur Post gegeben, jedenfalls in der Abend, hinterher in der Versammlung auf die Mediation schmäleren zu können. Ihre Bericht mügte also wiederum zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Uelzen, V. Mainz, G. Ihre Berichte trafen für diese Nummer zu spät ein.

Central-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

in Hamburg.

Bekanntmachungen.

Nachdem das erste Quartal des zweiten Geschäftsjahrs nunmehr abgeschlossen ist, sind sämtliche für die Hauptstädte bestimmten Gelder, sowie für die Protokolle des Gewerkschaftskongresses und des Verbandsstages an den Koffirer J. Köster, Postvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, 1. Etage, zu senden.

Die in der neu gegründeten Büchstelle Satom i. M. gewählten, Verwaltungsräte sind nach § 17 des Statuts durch den Vorstand bestätigt.

Das Mitglied Paul Schreiber, Buch Nummer 23359, kann sein Mitgliedsbuch hier abholen.

Der Vorstand.
A. Dammann, Vorsitzender.

In der Zeit vom 1. bis 8. November sind folgende Beiträge für die Haupthälfte eingegangen:

Son der örtlichen Verwaltung in:

Bergedorf M. 40,59, Königsberg i. Pr. 7,35, Bromberg 57,48, Trier 4,50, Summa M. 109,92.

Hamburg, den 8. November 1892.

J. Wilbrandt.

In der Zeit vom 1. bis 8. November sind folgende Beiträge für die Haupthälfte eingegangen:

Son der örtlichen Verwaltung in:

Waisbrode M. 11, Elmsdorf 50, Neustadt 33,28, Winniberg 40, Alberstadt 70, Friedland i. M. 30, Altona 350, Bergedorf 113,37, Österburg 25,60, Buxtehude 30,66, Mainz 60, Wandersleben 29,70, Salzwedel 19,91, Stolp 14,10, Wilhelmshaven 45, Berlin II 200, Kiel 161,54, Harburg 200, Summa M. 1733,46.

Hamburg, den 8. November 1892.

J. Köster.

Anzeigen.

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingeschriebene Hälftekasse Nr. 7. Sip. Altona.)

In der Zeit vom 30. Oktober bis 5. November sind folgende Beiträge eingegangen: Son der örtlichen Verwaltung in Bremen M. 150, Minden 1. Weiß 150, Berlin 4500, Meldorf 150, Kiel 580; Königsberg i. Pr. 100, Summa M. 5630.

Beitritte erhielten in derselben Zeit: Die örtliche Verwaltung in Böhlen M. 60, Faulbach 150, Düsseldorf 100, Summa M. 310.

Altona; den 5. November 1892.

E. Reich, erster Hauptklassierer,
Friedrichsbadestraße 28.

Für den Generalsonds der Maurer Deutschlands sind bei mir eingegangen:

Aus Schwerin M. 75.—

A. Dammann.

Aufsorderung

vom

Maurer-Gewerksverein Flensburg.

Folgende Maurer werden aufgefordert, ihre ständigsten Beiträge zu entrichten:

B. Wöhrel, Heiligenhafen;

H. Mordhorst, Kiel;

Völke, Kiel;

J. v. Jeusen, Haderseeben;

Haijb Petersen, Kopenhagen;

A. Jurgelait, Königsberg;

F. Lundgreen, Schweden;

G. Hasselhorst, Lüneburg;

F. Nielson, Schweden;

E. Stöber, Bautziner;

A. Schüler, do;

Der Vorstand.

[M. 31] S. A.: A. Reich, Kiel, 2. Okt. 2.

Der Grundstein.

Central-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Büchstelle Hannover.

Sonntag, den 13. November: Herbft-Bergüingen

in den neuen Ballhofszälen,
unter Mitwirkung der neuen Biedertafel "Güldenkopf"
(Bundes-Biedertafel).

Anfang 5 Uhr Nachmittags.

Freunde und Gäste sind hierdurch eingeladen.
[M. 2,25]

Das Komitee.

Central-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Büchstelle Cöslin.

Stiftungsfest

am 12. November, Abends 7 Uhr, bei Herrn Obst
in Roggendorf.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und
Freunde des Verbandes bittet
[M. 1,80]

Das Festkomitee.

Das Protokoll

des ersten Verbandsstages des Centralverbandes
der Maurer Deutschlands und verwandten
Berufsgenossen

hat bisher im Verhältnisse zu der Mitgliederzahl des
Verbandes trotz des geringen Preises von 15 Pfennig
pro Exemplar nur wenig Abnehmer gefunden. Alle
Mitglieder müssen im Besitz eines Protokolls
sein, wenn sie sich mit den Beschlüssen des Verbands-
tages vertraut machen wollen. Daher werden Bischellen-
angefordert, ungefüllt ihre Bestellungen an die bei-
zuhaltenden Verwaltungen gelangen zu lassen. Die Bischellen-
verwaltungen werden erachtet, energisch für die Ab-
nahme von Protokollen in den Versammlungen zu agieren.

A. Dammann, Hamburg.

Bauvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, 1. Et.

Versammlungs-Anzeiger
für die Mitglieder des
Central-Verbandes der Maurer Deutschlands
und verwandten Berufsgenossen.

Altona, Dienstag, 15. November, Abends 8 Uhr, in Altona's
"Gaststätte", Krebsstraße 95.

Ahrensburg, Jeden zweiten Sonntag nach dem 1. bei Herrn Schröder,
Angerstraße 10, Ahrensburg.

Bremen, Jeden zweiten Sonntag im Monat, bei Herrn Hinckesberg,
Osterdeichstr. 69.

Barmstedt, Jeden ersten Sonntag im Monat.

Bergedorf, Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr.

Bergen, Jeden ersten Sonntag im Monat, im Brühnschen Hofe.

Berlin I. (Pizet), Sonntag, 4. Dez., Nachmittags 11 Uhr, im Lokale
"Pizet".

Berlin II. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Bergedorf, Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr.

Berlin III. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin IV. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin V. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin VI. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin VII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin VIII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin IX. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin X. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XI. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XIII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XIV. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XV. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XVI. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XVII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XVIII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XVIX. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XX. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXI. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXIII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXIV. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXV. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXVI. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXVII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXVIII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXIX. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXX. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXXI. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXXII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXXIII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXXIV. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXXV. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXXVI. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXXVII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXXVIII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XXXIX. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XL. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XLI. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XLII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XLIII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XLIV. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XLV. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XLVI. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XLVII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XLVIII. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin XLIX. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet), Dienstag, 4. Dez., Nachmittags 4 Uhr.

Berlin L. (Pizet